

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 20. Oktober 2005, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Marcel Huggenberger, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 49
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Martin Frey, Finanzverwalter
Franz Hard, Schulpflegepräsident

Protokoll: Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt: Peter Pfäffli, Mitglied des Einwohnerrates, SVP

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 8. September 2005
 - 2.1 Einbürgerung; Benedek Veronika, geb. 13. Oktober 1986, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 40C
 - 2.2 Einbürgerung; Joel Bennet Stephen, geb. 3. Juni 1941, indischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Jurastrasse 51 B
 - 2.3 Einbürgerung; Markovic Adriana, geb. 2. Dezember 1990, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, gesetzlicher Wohnsitz Wettingen, mit Aufenthalt in den Sozialpädagogischen Gemeinschaften, Kirchrainstrasse 3, 5445 Eggenwil
 - 2.4 Einbürgerung; Vasiljevic Aleksandar, 11. August 1989, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 150
 - 2.5 Einbürgerung; Zekic Hedija, 4. Dezember 1958, und Zekic Albert, 1. Februar 1988, beide serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Staffelstrasse 16
 3. Voranschlag 2006
 4. Kreditantrag von Fr. 50'000.00 für die Finanzierung von Hortplätzen im Zusammenhang mit dem Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung
 5. Postulat Roland Brühlmann vom 23. Juni 2005 betreffend saubere Wettinger Naherholungsgebiete im Besonderen das Gebiet "Eigi" - Umsetzung eines wesentlich verbesserten Abfallkonzeptes; Ablehnung

0 Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 8. September 2005, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Neueingänge

0.b.a Postulat Thomas Bodmer und Mitunterzeichnenden vom 20. Oktober 2005 betreffend Einführung von Blockzeiten an den Wettinger Schulen nach dem bewährten Modell der Wettinger Kindergärten

Antrag

An den Wettinger Schulen ist umgehend mindestens probeweise ein Angebot für Blockzeiten nach dem kostengünstigen Modell der Wettinger Kindergärten zu schaffen. Bevor andere Formen der Tagesbetreuung umgesetzt werden, sind die Erfahrungen mit diesem im Kindergarten bewährten Modell an den Schulen abzuwarten.

Sofern weitere Mittel für die Schulen vorgesehen werden, sind diese prioritär für die Sicherstellung eines regelmässigen, d. h. ausfalllosen Unterrichts einzusetzen (keine Ausbildungen und Konvente während der Schulzeit, Reduktion der Absenzen).

Begründung

Seit einigen Jahren bieten die Wettinger Kindergärten Blockzeitenunterricht als Alternative zum konventionellen Unterricht an. Beim Blockzeitenunterricht an den Wettinger Kindergärten wird die Stundenanzahl auf einige Halbtage konzentriert, während im konventionellen Kindergarten die Stunden in Zweistundenblöcken über die ganze Woche verteilt werden.

Das Unterrichtsmodell an den Kindergärten erfreut sich derart grosser Beliebtheit, dass jüngst sämtliche Kindergärten zu Blockzeitenkindergärten umgewandelt worden sind. Die ursprünglich befürchteten Nachteile des Blockzeitenunterrichts sind nicht eingetreten.

Es ist ein einziges Problem mit den Blockzeiten an den Kindergärten geblieben: Fällt eine Lehrkraft kurzfristig aus, besteht kein Betreuungsangebot. Das ist auch während den häufigen Weiterbildungen und Lehrerkonvente der Fall.

An den Schulen fehlt ein mit den Blockzeitkindergärten vergleichbares Angebot jedoch gänzlich und es ist noch nie ein entsprechender Versuch durchgeführt worden. Stattdessen werden Modelle evaluiert, die viel mehr kosten und die Anliegen der Kinder und der Eltern auch nicht besser erfüllen.

Mit dem Mittagstisch wird zwar ein Teil der Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern abgedeckt, nicht aber die Betreuung in den Randstunden (7.00-9.00, 11.00-12.00, 13.00-14.00, 16.00-18.00). Die Ganztagesbetreuung der Kinder erwerbstätiger Eltern ("Tageschulen") würde indessen sehr hohe Kosten verursachen und hätte weitere unerwünschte Nebeneffekte (Abschieben der Erziehung an den Staat). Das ist auch der Fall bei so genannten "betreuten Blockzeiten", wo voll bezahltes Personal die Kinderbetreuung in den Randstunden übernehmen müsste.

Mit dem Blockzeitenunterricht nach dem Modell der Kindergärten können zwar nicht ganz alle Bedürfnisse abgedeckt werden. Dieses Modell stellt aber einen Kompromiss zwischen Extremlösungen dar, welche sehr teuer werden können: Bei den meisten Familien ist das Problem der Kinderbetreuung schon gelöst, wenn die Kinder einige ganze Halbtage in der Schule sind. Weil die meisten Doppelverdienerfamilien nicht zweimal hundert Prozent sondern Teilzeit arbeiten, löst das Modell sehr viele Probleme mit vergleichsweise wenig Aufwand. Für den geringen Anteil der Familien, bei denen beide Partner Vollzeit arbeiten müssen resp. für Vollzeit arbeitende Alleinerziehende besteht bereits ein Angebot an Krippen und Hortplätzen.

Ein weiterer Ausbau bestehender Infrastrukturen in dem Bereich dürfte kostengünstiger sein als der Aufbau einer Tagesbetreuung durch die Gemeinde, weil dort nur eine Unterstützung der Familien mit geringem Einkommen erfolgt, während bei einem Angebot der Gemeinde die Kostendifferenz für alle übernommen werden müsste.

Es ist mir bewusst, dass bei einem solchen Blockzeitenmodell bei den Lehrkräften Flexibilität erforderlich ist und einzelne abänderbare schulgesetzliche Vorschriften eine kompromisslose Umsetzung vorläufig verhindern könnten. Genauso könnte es bei gewissen Sonderbetreuungsformen anfänglich Erschwernisse geben. Bei der Interessenabwägung sind aber die Interessen der Mehrzahl der Schüler und deren Eltern in den Vordergrund zu stellen.

0.b.b Interpellation Marco Wirsching vom 20. Oktober 2005 betreffend Ausschluss von Personen- und Berufsgruppen in gemeinderätlichen Kommissionen

Mit der Beantwortung der kleinen Anfrage von Charles Meier vom 23. Juni 2005, im Zusammenhang mit der Zusammensetzung der Baukommission, wurde bekannt, dass in Wettingen wohnende und auch praktizierende Architekten von einem möglichen Mitwirken in der betreffenden Kommission vom Gemeinderat ausgeschlossen werden.

Eine Prüfung dieser bisherigen Praxis ist im Hinblick auf die kommende neue Amtsperiode in Aussicht gestellt worden.

Ein kurzer Blick über die Gemeindegrenzen hinaus zeigt, dass bei verschiedenen grösseren und auch kleineren Nachbargemeinden das fachliche Wissen und die praktische Erfahrung von Architekten oder Bauingenieuren als Mitglied der dortigen Baukommissionen geschätzt werden.

Aus diesem Grund stellen sich folgende Fragen:

1. Was sind die Gründe die zum Ausschluss von einzelnen Personen- und Berufsgruppen für diese Kommissionstätigkeit geführt haben?
2. Hat der Gemeinderat hinsichtlich der bald beginnenden neuen Amtsperiode diese Einschränkung bereits beurteilt und wird zukünftig auf den bewussten Ausschluss dieses Personenkreises bei der Benennung von Baukommissionsmitgliedern verzichtet?
3. Wenn nein, was sind die Gründe weshalb die bisherige Praxis des Gemeinderates beibehalten werden soll?
4. Gibt es noch andere Kommissionen in welchen bestimmte in Wettingen wohn- und stimmberechtigte Personen- und Berufsgruppen vom Kommissionstätigkeit bewusst ausgeschlossen sind und wenn ja, welche Personenkreise und Kommissionen sind davon betroffen?

0.c Da nicht mehr viele Geschäfte pendent sind, fällt die Sitzung vom 10. November 2005 aus. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 8. Dezember 2005 statt.

0.d Die Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission informiert über die Anpassung im Personalreglement. Die GPK hat die Korrektur in einem Korrespondenzbeschluss geprüft. Es geht darum, dass die Ferienregelung nicht klar aufgelistet war. Der Einwohnerrat hatte festgelegt, dass die zusätzlichen Ferien jeweils ab dem 21. bis 29. Altersjahr gelten. Es hätte aber richtig heissen müssen bis zum vollen Jahr, also vom 21. - 30. Altersjahr, 31. - 40. Altersjahr etc. GPK ist sich bewusst, dass dies eine kleine Verschlechterung ist, aber kann dies vertreten und verantworten und deshalb ist die GPK einstimmig für diese Anpassung.

1 Protokoll der Sitzung vom 8. September 2005

Das Protokoll der Sitzung vom 8. September 2005 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

2 Einbürgerungen

2.a Einbürgerung; Benedek Veronika, geb. 13. Oktober 1986, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 40C

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 37 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

2.b Einbürgerung; Joel Bennet Stephen, geb. 3. Juni 1941, indischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Jurastrasse 51 B

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

2.c Einbürgerung; Markovic Adriana, geb. 2. Dezember 1990, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, gesetzlicher Wohnsitz Wettingen, mit Aufenthalt in den Sozialpädagogischen Gemeinschaften, Kirchrainstrasse 3, 5445 Eggenwil

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 2 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

2.d Einbürgerung; Vasiljevic Aleksandar, 11. August 1989, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 150

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

2.e Einbürgerung; Zekic Hedija, 4. Dezember 1958, und Zekic Albert, 1. Februar 1988, beide serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Staffelstrasse 16

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

3 Voranschlag 2006

Eintreten

Dr. Markus Dieth: Es liegt ein ausgeglichenes Budget vor mit einem Steuerfuss von 89 % und Pflichtabschreibungen von 15 %, zusammen mit den ordentlichen Abschreibungen total 25 %.

Einige grosse Aufwandpositionen fallen besonders ins Gewicht. Bei den Gebundenen Ausgaben fallen höhere Kosten an; der Defizitbeitrag an die öffentlichen Spitäler ist für die Erhöhung um rund 4 % verantwortlich. Der Beitrag an die AHV fällt dagegen weg als eine Folge des GAT III. Davon nicht betroffen sind die Arbeitgeberbeiträge an die AHV. Im Rahmen des öffentlichen Verkehrs entlastet das neue Dekret die grösseren Gemeinden bzw. führt dies zu einer erhöhten Belastung der kleinen Gemeinden. Für Wettingen bringt dies eine Entlastung von rund Fr. 125'000.00. Im Rahmen des GAT III fallen die Entlastung bei den Löhnen von Kindergärtnerinnen, musikalischer Grundschule und Schulleitungenvon Fr. 2.01 Mio. und die wegfallenden Gemeindebeiträge an AHV/IV/EL von Fr. 3.64 Mio. ins Gewicht. Auf der anderen Seite muss aber die Gemeinde gemäss GAT III 28.9 % der Personalkosten der Volksschulen und Kindergärten übernehmen, das macht rund Fr. 4.84 Mio. aus. Soweit die grossen Ausgabenposten dieses Budgets. Gesamthaft zeigt sich eine Reduktion des Nettoaufwandes zum Voranschlag 2005 von rund Fr. 2 Mio.

Die Budgetierung der Einkommens- und Vermögenssteuern scheint der Finanzkommission umsichtig: In der Rechnung 2004 ergab sich bei einem Steuerfuss von 92 % ein Steuerertrag (Einkommens- und Vermögenssteuern) von rund Fr. 42.3 Mio. (Vorjahr 2003: Fr. 40.7 Mio.). Der Voranschlag 2006 sieht einen Steuerertrag von rund Fr. 41.8 Mio. (Vorjahr: 40.3 Mio.) vor, dies aber bei einem reduzierten Steuerfuss von 89 %.

Der Finanzausgleich an den Kanton schlägt mit Fr. 1.313 Mio. zu Buche, was eine Steigerung von 24.9 % bedeutet. Diese Zunahme resultiert aus der Steuerfussenkung aus dem Jahre 2004. Der Finanzausgleich wird noch bis ins Jahr 2007 nach dem alten Modell berechnet. Ab dem Jahre 2008 wird das neue Modell angewendet. Es ist davon auszugehen, dass der Finanzausgleich sich rund verdoppeln kann.

Das heute vorliegende Budget mit 89 % ist ein ausgeglichenes Budget. Trotz der Reduktion des Steuerfusses im Jahre 2004 konnte der Steuerertrag des Jahres 2004 noch erhöht werden. Durch dieses hervorragende Ergebnis 2004 konnten die Schulden der Gemeinde weiter um einen siebenstelligen Betrag abgebaut werden. Die Nettoverschuldung konnte sich so auf 1.78 Mio. Franken oder 96 Franken pro Einwohner reduziert werden. Ganz wesentlich scheint der Finanzkommission aber die Erkenntnis, dass die Richtungsweisungen des neuen Parlaments, der neuen Exekutive anfangs der neuen Amtsperiode mit einem konkreten Investitionsprogramm, mit einem Legislaturziel, mit neuen finanztechnischen Aspekten (wie zum Beispiel Eigenfinanzierungsgrad, Bilanzfehlbetrag, verzinsliche Nettoschuld, Investitionsprogramm, gestiegen er horizontaler Finanzausgleich) zu einer erneuten Überprüfung des Steuerfusses führen kann.

Die Finanzkommission ist der Auffassung, dass die Philosophie des Steuerfusses überdenkt werden muss. Es muss klar sein, für was die Steuern gebraucht werden, der Bedarf muss aber ausgewiesen sein. Dies rechtfertigt sich insbesondere dann, wenn die Nettoverschuldung auf ein Minimum heruntergefahren wurde. Die gute Nutzung der Instrumente der modernen und sorgfältigen Finanzplanung darf und muss weitergehen.

In diesem Sinne dankt die Finanzkommission dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung für die seriöse Ausarbeitung dieses ausgeglichenen Budgets.

Die Finanzkommission hat sich einstimmig für Eintreten ausgesprochen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Der Gemeinderat unterbreitet ein Budget mit einem Steuerfuss von 89 % und zusätzlichen Pflichtabschreibungen von 15 %. Mit diesen finanziellen Vorgaben wird es möglich sein, die kommunalen Aufgaben im kommenden Jahr zu erfüllen. Ein noch tieferer Steuerfuss erscheint dem Gemeinderat nicht vertretbar. Es stellt sich bei der beantragten Steuerfussenkung die Frage, ob diese auch über das Jahr 2006 hinaus verkräftet werden kann? Es wird einiges auf die Gemeinden zukommen, zum Beispiel beim kantonalen Finanz- und Lastenausgleich, Konsequenzen aus der Neugestaltung Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen NFA, Abbau der kalten Progression, Steuergesetzrevisionen etc. Andererseits darf man bezüglich eines Wiedererstarkens der Wirtschaft zuversichtlich sein. Der Gemeinderat glaubt, dass der Steuerfuss von 89 % längerfristig gehalten werden kann. Er beantragt, auf dieses Budget einzutreten und dieses gutzuheissen.

Markus Maibach: Im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen stelle ich den Antrag, diese Budget zurückzuweisen.

Geiz ist geil! Unter dieses unsägliche Motto könnte man auch das Wettinger Budget stellen. Der Gemeinderat präsentiert uns ein Budget, mit welchem man eine Chance verpasst. Nichts desto trotz wird gleich nochmals eine Chance vergeben, indem der Steuerfuss gesenkt wird. Wir gehen davon aus, dass wir unsere 2 Sitze deshalb dazu gewonnen haben, weil unsere Wählerschaft unseren Wahlanliegen mehr Nachdruck geben will.

Ich möchte kurz die wichtigsten Punkte erwähnen, diese sind sowohl auf der Einnahmeseite wie auch auf der Ausgabenseite zu finden.

Einnahmeseite: Wir gehen mit dem Steuerfuss runter und versuchen einen Spielraum zu nutzen, den es eigentlich gar nicht gibt. Die Reduktion des Steuerfusses ist äusserst kurzsichtig, wenn man bedenkt, dass in zwei Jahren die Neuregelung der Finanzausgleichsbeiträge die Steuerreduktion wieder wegfressen. Deshalb ist dies eine kurzfristige Sicht, die davon ausgeht, dass wir neue Steuerzahler anlocken können. Es gibt eine neue Nationalfondsstudie, die besagt, dass Steueranreize so gut wie gar nichts bringen, um neue Leute zu gewinnen oder zum Bleiben zu bewegen. Viel wichtiger ist eine attraktive Infrastruktur.

Auf der Ausgabenseite sind es diverse Elemente: Die Investitionen sind zwar höher als im letzten (rekordtiefen) Rechnungsjahr. Wir haben eine Bruttoinvestitionsquote von 13 %. Das ist der Vergleich der Investitionen zu den Gesamtausgaben. Zum Vergleich, Baden weist eine Quote von 22 - 26 %, je nach Jahr, auf. Der kantonale Durchschnitt liegt bei 15 %. Wir liegen also nicht einmal mit den Investitionen die jetzt geplant sind, im kantonalen Schnitt, und das als grösste Gemeinde!

Es gibt diverse Ausgabeposten, die uns stören. Ich habe es gesagt, die kreative Nutzung des Potentials wird nicht wahrgenommen. Wir haben Personalknappheit in der Kanzlei, in der Bau- und Planungsabteilung. Diese sind nicht einmal fähig grosse Geschäfte frühzeitig an den Einwohnerrat zu bringen. Die anerkannt knappen Kapazitäten beim Personal bleiben tief. Wieso werden die sich durch GAT III ergebenden Chancen nicht genutzt, zum Beispiel für Personalaufstockungen. Nur wer Kapazitäten hat, kann auch weitsichtig planen. Die Lohnerhöhung für das Personal ist mit mickrigen 1 % deutlich unter dem Mittel der grösseren Gemeinden im Kanton.

Das Kulturbudget und das Budget für Umwelt und Gesundheit sinken im Vergleich zum Vorjahr. Das hat nicht damit zu tun, dass Sachen gestrichen wurden, sondern damit dass keine kreativen Lösungen gesucht wurden. Nur dort steigt der Nettoaufwand, wo er aus Gründen der kantonalen Regelungen steigen muss.

Wichtig ist auch, dass die Finanzkommission bei kleinen Investitionen sogar noch Budgetkürzungen beantragt, s bei Kunst am Kreisel.

Ich möchte nochmals den Vergleich mit einem privaten Betrieb bemühen: Wer weiss dass er investieren muss und soviel Flüssiges auf der Seite hat, der schafft in dieser Gunst der Stunde die notwendigen Kapazitäten (Personal) und tätigt die notwendigen Investitionen. Auch unsere Bevölkerung wird dies deutlicher spüren als im Schnitt knappe Fr. 50.00 mehr im Sack, das vor allem den Reichen zugute kommt.

Statt ‚Geiz ist geil‘ schlage ich den Slogan ‚Weitsicht und Mut tun uns gut‘ vor. Meiner Ansicht nach sind diese beiden Tugenden nachhaltiger. Ich mache mir nämlich langsam ernsthafte Sorgen um unsere Gemeinde und um unseren Ruf. Dies sind die Gründe, weshalb wir die Rückweisung beantragen.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag der SP/WettiGrünen-Fraktion wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Franz-Beat Schwere: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten. Wir werden aber dem Voranschlag 2006 mit einer reduzierten Steuerfuss von 3 % auf neu 89 % nicht zustimmen. Vielmehr stellen wir fest, dass eine Reduktion des Steuerfusses von 5 % auf neu 87 % basierend auf dem Detailbudget vertretbar und auch realistisch in der Umsetzung ist. Unsere Fraktion wird aus diesem Grund einen Antrag mit Genehmigung des Voranschlages 2006 auf Basis Steuerfuss von 87 % mit zusätzlichen Pflichtabschreibungen von 15 % beantragen.

Im Postulat der SVP-Fraktion vom 23. Juni 2005 betreffend Bereitstellung aussagekräftiger Finanzplanszenarien für die Beurteilung der Steuerfusses wurde der Gemeinderat angehalten, der Finanzkommission und dem Einwohnerrat verschiedenen Berechnungen mit Steuerfüssen von 85 %, 87 %, 89 % und 92 % zu unterbreiten. Der Einwohnerrat hat bekanntlich in der letzten Sitzung vom 8. September 2005 die Überweisung dieses Postulat an den Gemeinderat abgelehnt. Gleichzeitig forderte die SVP-Fraktion in ihrer Motion vom 23. Juni 2005 die Reduktion des Steuerfusses um 5 % per 1. Januar 2006. Der Einwohnerrat lehnte diese Motion ebenfalls ab.

Die Rechnungsabschlüsse in den vergangenen Jahren haben aufgezeigt, dass die vorgelegten Voranschläge wiederholt gute und grosse Überschüsse hervorgebracht hatten. Der Jahresabschluss 2004 war mit über Fr. 4 Mio. oder ca. 10 Steuerprozenten überaus erfreulich und unterstreicht die komfortable Finanzlage der Gemeinde Wettingen. Ab 2006 oder 2007 wird voraussichtlich der neue Lohnausweis in Kraft treten, was nochmals zu höheren Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen führen wird. Weiter bewegt sich die Verschuldung auf einem sehr tiefen Niveau und die Infrastruktur in der Gemeinde Wettingen ist gut unterhalten, sodass eine Reduktion von 5 % durchaus als sinnvoll erachtet werden kann.

Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass einerseits die Gemeinde Wettingen mit einem attraktiven Steuerfuss von 87 % gute Steuerzahler wieder vermehrt anlocken und auch mit einem tiefen Steuerfuss die notwendigen Investitionen in der Zukunft tätigen kann. Weiter unterstützen wir die Detailanträge der Finanzkommission mit Ausnahme des Schlussantrages basierend auf einem Voranschlag 2006 von 89 %. Wir beantragen - wie eingangs erläutert - einen Voranschlag auf Steuerfussbasis von 87 %.

Hans-Peter Koch: Die CVP-Fraktion ist erfreut, dass der Gemeinderat das Budget 2006 mit einem Steuerfuss von 89 % und vorgeschriebenen Abschreibungen von 10 % sowie Pflichtabschreibungen von 15 % wie bisher beantragt. Er folgt damit dem Postulat Dieth, Brunner, Bürgi vom 23. Juni 2005 betreffend Prüfung der Reduktion des Steuerfusses auf 89 %. Dies ist scheinbar gelungen.

Wir sind der Meinung, dass wir damit weiterhin zu den attraktiveren Gemeinden in der Region zu gehören. Dies mit einem tiefen Steuerfuss, nötigen Investitionen und einer Verwaltungsrechnung, die nicht mehr viel Spielraum nach unten aufweist. Davon konnte sich die Fraktion an einer längeren Sitzung und mit Unterstützung der Gemeinderats- und Finanzkommissionsvertreter überzeugen. Die CVP-Fraktion ist deshalb auch für Eintreten auf das Budget 2006.

Beat Brunner: Die FDP-Fraktion hat auch das Gefühl, dass hier ein ausgewogenes Budget vorliegt. Die budgetierten Einnahmen decken die budgetierten Ausgaben. Der Aufwand ist gegenüber den Vorjahren gesunken, das ist sicher nicht alles Eigenverdienst.

Die jetzige Situation der Gemeinde lässt auch bei sich positiv entwickelnden Investitionen die vorgeschlagene Reduktion des Steuerfusses zu. Mit 89 % Erwartungen. Wichtig erscheint der FDP auch, dass noch mehr Ausgaben verursacht werden und die Vorgaben auch innerhalb der Verwaltung eingehalten werden.

Einer unter gewissen Umständen weitergehende Steuerfussreduktion wie von der SVP gefordert wird, kann die FDP-Fraktion nicht zustimmen.

Auf die Gemeinde werden in den nächsten Jahren grössere Investitionen zukommen. Trotzdem, oder gerade deshalb sollte der Steuerfuss, denn wir heute beschliessen, auch ein paar Jahre beibehalten werden können. Die FDP-Fraktion ist für das Eintreten und unterstützt das vorliegende Budget mit einem Steuerfuss von 89 %.

Vreni Neukomm: Ich möchte es nicht versäumen der Verwaltung, insbesondere der Finanzabteilung für ihre perfekten Unterlagen zu danken, welche wir Jahr für Jahr zur Budgetdebatte erhalten.

Wir sind auch fürs Eintreten. Wir haben aber ähnliche Bedenken, wie sie Markus Maibach am Anfang ausgeführt hat. Das Budget 2006 mit einem Steuerfuss von 89 %, welches der Gemeinderat und die Finanzkommission uns vorlegen, berücksichtigt leider nicht, dass in den nächsten Jahren Herausforderungen anstehen, welche für die Qualität in Wettingen sehr wichtig sind.

Im Gegensatz zur den Ausführungen von Franz-Beat Schwere möchten wir nicht gute Steuerzahler anlocken, sondern wir möchten endlich Investitionen tätigen, damit im Familien- und Schulbereich, wie Tagesstrukturen, umgesetzt werden können. Diese Projekte sind schon lange in Planung und es ging einfach nicht vorwärts. Weiter haben wir gehört, dass unsere Gemeinde keine Schulden mehr hat. Das stimmt nur für die kurzfristigen Schulden. Unsere langfristigen Schulden betragen immer Fr. 25 Mio. hoch. Sie müssen sich vorstellen, dass wir jedes Jahr fast eine Million Franken an Schuldzinsen bezahlen. Dieses Geld könnten wir sicher auch anders einsetzen.

Die Fraktion EVP/Forum 5430 hofft, dass der Einwohnerrat heute Abend langfristig denkt und wir dem neuen Gemeinderat einen fairen Start ermöglichen können. Deshalb stellen wir den Antrag zur Beibehaltung des kantonal, moderaten Steuerfusses von 92 %. Ich bitte um Eintreten.

Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

0. Allgemeine Verwaltung

Dr. Markus Dieth: Es ist ein Trend im Lohngefüge bzw. der Budgetrahmen für die Lohnentwicklung in den umliegenden Gemeinden mit rund 2 % festzustellen. Es muss auf der anderen Seite festgestellt werden, dass die Änderungen im Personalreglement per 1. Januar 2006 bezüglich des Ferienanspruches für das Personal faktisch eine Realloohnerhöhung von durchschnittlich 1% bewirken.

Eine allfällige Nullrunde würde auf der anderen Seite in einem krassen Gegensatz zum Leistungslohnsystem und zur finanziellen Lage der Gemeinde Wettingen mit einem Steuerfuss von 92 % und mit dem vorliegenden Budget neu von 89 % stehen. Im Weiteren ist festzustellen, dass es sich in Wettingen bei den Änderungen im Personalreglement um Verbesserungen handelt, die in den meisten vergleichbaren Gemeinden schon länger realisiert sind.

Unter Einbezug von sämtlichen Faktoren, insbesondere auch zur Erreichung der Budgetrichtlinien und der Planziele im Finanzplan, sollte der Budgetrahmen für die Lohnanpassung mit 1 % festgelegt werden.

Auch die Personalkommission ist im Übrigen einstimmig zum Ergebnis gekommen, dass vor diesem Hintergrund im Voranschlag 2006 lediglich 1 % für Besoldungsanpassungen berücksichtigt werden sollten. Die Personalkommission beinhaltet Arbeitnehmer- wie auch Arbeitgebervertreter.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Besoldungsanpassung soll im Voranschlag 2006 1 % der Lohnsumme betragen. Abstimmungsverhältnis: 6 : 0; bei 1 Enthaltung (7 Anwesende).

Yvonne Feri: Wir haben es soeben gehört, die Lohnsumme soll um 1 % wachsen. Die SP/WettiGrünen-Fraktion findet diese Erhöhung minimalistisch und stellt den Antrag, diese um 2 % zu erhöhen. Warum?

- Eine höhere Erhöhung der Gesamtlohnsumme lässt mehr Spielraum für die einzelnen Lohnkomponenten zu.
- Obwohl das Personalreglement in einigen Bereichen angepasst wurde, gehört dieses nach wie vor zu den eher veralteten Reglementen.
- Umliegende Gemeinden bieten einen höheren Ansatz an, dies haben wir soeben gehört, plus attraktivere Anstellungsbedingungen sowie höhere Löhne.
- Das Verwaltungspersonal arbeitet sehr viel; die Personalressourcen sind knapp bemessen und der grösste Teil der Personen arbeitet am Limit. Der Stellenplan ist sehr eng bemessen.
- Die Wirtschaft wächst langsam wieder und im Vergleich zur Privatwirtschaft ist 1 % zu gering. Es war heute in der Zeitung zu lesen, dass die UBS 2 % mehr Lohn bezahlen wird.
- Die Teuerung (unter anderem die Krankenkassenaufschläge) belasten die privaten Portemonnaies dermassen stark, dass dem Personal entgegen gekommen werden muss.

All diese Aspekte sprechen dafür, dass eine Erhöhung um 2 % gerechtfertigt ist. Das Budget weist einen sehr guten Abschluss aus, das Geld ist vorhanden. Dafür soll dem Personal gedankt werden. Schliesslich ist vor allem das Personal dafür verantwortlich, dass unsere Vorgaben eingehalten werden. Dies soll nun endlich einmal belohnt werden.

Die SP/WettiGrünen-Fraktion bittet Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Hanspeter Koch: Ich bitte Sie, den Antrag der SP abzulehnen. Am 12. Mai dieses Jahres haben wir über das neue Personalreglement abgestimmt. Auch die SVP-Fraktion war der Meinung, dass wir dem Personal etwas zukommen lassen sollten. Der Einwohnerrat hat dann eine Übergangsrente in der Höhe einer maximalen AHV-Rente gutgeheissen, die Kinderzulagen wurden über dem kantonalen Limit festgelegt und es wurde bei der 5. Ferienwoche ein Kompromiss eingegangen. Dies alles ganz klar in der Meinung, dass bei der Lohnverhandlung diese Tatsache entsprechend berücksichtigt wird. Jetzt kommt von der SP dieser Antrag, der wieder das Maximum will. Da sind wir ganz klar dagegen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen um Erhöhung der Lohnsumme um 2 % wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

025 Informatik

Werner Hartmann: Wenn ich den Stellenplan anschau, hat die Gemeinde Wettingen eine Person für die Informatik vorgesehen. Ich finde dies sehr minimal für die grösste Gemeinde des Kantons. Ich denke, diese Person arbeitet an der Grenze der Belastbarkeit und unter Druck. Wie ist die Sicherheit der Informatiklösungen gewährleistet, auch bei einem grösseren Gau? Hat die Gemeinde ein Notfallkonzept? Dies würde mich interessieren. Ich würde ansonsten allenfalls den Antrag stellen, die Stellenprozente im Informatikbereich um 50 % zu erhöhen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Wir haben für die Informatik einen Hauptverantwortlichen, Urs Juchli. Weiter haben wir zu je 30 % drei Systemverantwortliche. Eine dieser drei Personen ist auch der Stellvertreter von Urs Juchli. Im Übrigen haben wir vertragliche Absicherungen betreffend der Sicherheit.

Werner Hartmann: Verfügt die Gemeinde über ein Notfallkonzept?

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Ja, das haben wir.

Werner Hartmann: Ist in Ordnung. Ich verzichte auf den Antrag.

1. Öffentliche Sicherheit

100.351.00 Kantonsanteil Plakat-/Reklamegebühren

Dr. Markus Dieth: Das Reklamegesetz ist aufgehoben worden. Damit entfallen die Einnahmen an Reklamegebühren. Der Betrag ist irrtümlicherweise wieder im Voranschlag berücksichtigt worden. Auch der Gemeinderat ist der Auffassung, dass dem Streichungsantrag zugestimmt werden kann. Es handelt sich um eine Budgetkorrektur. Die Finanzkommission beantragt den Voranschlagskredit 100.351.00 "Kantonsanteil Plakat- / Reklamegebühren" zu streichen und dies einstimmig bei 7 Anwesenden.

Abstimmung:

Dem Korrekturantrag der Finanzkommission wird mit sehr grosser Mehrheit zugestimmt.

2. Bildung

212.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

212.311.01 Anschaffung von Immobilien

Dr. Markus Dieth: Die Kotierung für die Stühle und Stellwände sollten auf 212.311.01 „Anschaffungen von Mobilien“ geändert werden. Den Ersatz der Schülerstühle und Doppel-Stellwände muss man zum Konto 212.311.01 umbuchen. Deshalb folgende zwei Anträge der Finanzkommission:

- Der Voranschlagskredit 212.314.00 "Baulicher Unterhalt durch Dritte" sei um Fr. 12'500.00 (Schülerstühle und Doppel-Stellwände) auf Fr. 9'800.00 zu reduzieren. Abstimmungsverhältnis: einstimmig (7 Anwesende)
- Der Voranschlagskredit 212.311.01 "Anschaffungen von Mobilien" sei um Fr. 12'500.00 (Schülerstühle und Doppel-Stellwände) auf Fr. 14'000.00 zu erhöhen. Abstimmungsverhältnis: einstimmig (7 Anwesende)

Abstimmung:

Den Korrekturen werden einstimmig zugestimmt.

214.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Dr. Markus Dieth: Die Raumsituation in der Schulanlage Altenburg ist sehr angespannt und die Umgebung nicht optimal. Die Gemeinde Wettingen wurde durch das AWA (Amt für Wirtschaft und Arbeit) darauf hingewiesen, dass die Nutzung der Untergeschossräume zu Schulzwecken aufgrund der heutigen natürlichen Belichtung nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Da der Entscheid betreffend weiterem Vorgehen beim Umbau- und Sanierungsprojekt auch von Randbedingungen abhängig ist, welche die Gemeinde als Bauherrin nicht alleine definieren kann (Fragen betreffend Urheberrecht des durch die Architekten Dostal & Dambacher sistierten Projekts) wurde der Budgetbetrag betreffend Belichtung UG (ca. Fr. 11'000.00) und Spielgeräte (ca. Fr. 4'000.00) beantragt. Falls das Gesamtprojekt ausgelöst würde, würde dies in einem dannzumal zu erarbeitenden Projekt bzw. zu stellenden Verpflichtungskredit für Umbau-/Sanierung-/Erweiterung der Schulanlage Altenburg berücksichtigt. Der Betrag von insgesamt Fr. 15'000.00 wurde jedoch versehentlich zweimal kotiert, weshalb in Übereinstimmung mit dem Gemeinderat Fr. 15'000.00 zu streichen sind.

Die Finanzkommission beantragt einstimmig bei 7 Anwesenden, den Voranschlagskredit 214.314.00 "Baulicher Unterhalt durch Dritte" um Fr. 15'000.00 (Belichtung UG - Fr. 11'000.00; Spielgeräte -Fr. 4'000.00) auf Fr. 6'100.00 zu reduzieren.

Abstimmung:

Der Reduktion wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

219.364.01 Beitrag an Tageshort

540.364.02 Beitrag an Tageshort

Dr. Markus Dieth: Richtigerweise müsste nach Auffassung der Finanzkommission die Budgetierung Hort beim Konto 540.364.02 erfolgen, analog Koordination Kinderbetreuung. Sie haben heute noch über das separate Kreditbegehren abzustimmen. Im Sinne der Budgetwahrheit sollte der Betrag belassen werden. Ein ausdrücklicher Vorbehalt der Genehmigung des Verpflichtungskredites durch den Einwohnerrat muss in der Laufenden Rechnung ersichtlich sein. Deshalb folgende Anträge: Der Voranschlagskredit 219.364.01 "Beitrag an Tageshort" sei zu streichen bei einem einstimmigen Abstimmungsverhältnis bei 7 Anwesenden. Der zweite Antrag: Unter dem Konto 540.364.02 "Beitrag an Tageshort" sei ein Betrag von Fr. 50'000.00 mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Genehmigung des entsprechenden Verpflichtungskredits durch den Einwohnerrat zu berücksichtigen. Abstimmungsverhältnis ebenfalls einstimmig bei 7 Anwesenden.

219 Volksschule, Übriges

Marianne Ryf: Aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich auch in verschiedenen Vorstössen widerspiegelt, wird Wettingen jetzt und in Zukunft ein hohes Bedürfnis an familien- und schulergänzenden Massnahmen spüren. Das heisst, dass das jetzige Angebot von Vereinen/Institutionen gefördert und gesichert werden muss. Auf diesen Punkt kommen wir ja dann später zurück. Wichtig ist aber auch, dass strukturelle Änderungen erfolgen und der Aufbau eines bedarfsgerechten Angebot; wir sprechen hier von Tagesstrukturen, in Angriff genommen wird.

Es ist wichtig dass wir alle vom gleichen reden. Was sind Tagesstrukturen? Diese setzen sich aus einzelnen Blöcken zusammen die von jeder Familie individuell und den einzelnen Bedürfnissen entsprechend genutzt werden können. Die Kinder können je nach Bedarf ganztags, halbtags oder nur über Mittag, angemeldet werden. Schule und Betreuung bilden zusammen ein tägliches Angebot von morgens bis abends während mindestens 48 Wochen im Jahr, sie sind jedoch unabhängige Betriebe. Die Lehrkräfte werden nicht in die Betreuungsaufgaben eingebunden. Deshalb ist der Informationsfluss zwischen diesen beiden Gruppen sehr wichtig. Tagesstrukturen werden oftmals auch Tagesschule à la carte genannt. Sie sind flexibel, individuell und für Eltern finanziell tragbar. Die Lösungen können auf die einzelnen Familienbedürfnisse zugeschnitten werden, profitieren können alle, primär die Kinder, aber auch Eltern, die Schule und die Gemeinde; vor allem die Gemeinde.

Natürlich müssen auch die Forderungen nach einer Tagesschule, welche schon lange im Raum stehen, untersucht werden. Bei einer Tagesschule wäre alles unter einem Dach. Dort übernehmen die Lehrer die ganztätigen Betreuungsaufgaben und die Kinder sind immer in der Schule. Im Grundlagendossier aus dem Jahr 2002 steht, dass die räumliche Situation in Wettingen die Realisation einer Tagesschule nicht zulässt. Deshalb soll nun die Alternative, dass heisst Tagesstrukturen angeboten werden. Es ist sehr vieles schon vorhanden in Wettingen, aber das ganze muss koordiniert werden. Deshalb komme ich nun auf diesen Punkt.

Die Verantwortung für eine solche Aufgabe soll natürlich in der Gemeindeverwaltung liegen. Bis jetzt wurde die Umsetzung noch zu wenig oder gar nichts gemacht. Ich finde es genügt nicht, wenn man jetzt irgendwelche Schuldzuweisungen macht und sagt diese oder jene Person hat nicht gearbeitet. Vielleicht sind ja die personellen Ressourcen nicht vorhanden oder die finanziellen Mittel? Wir haben vorhin schon gehört, dass wir in der Verwaltung eine Personalknappheit haben. Es ist doch ein Witz, wenn man den grossen Arbeitsaufwand bedenkt der durch das Gesamtkonzept entsteht, irgendwo angliedert. Diese Arbeit umfasst beraten, begleiten, Leistungsverträge erstellen, abschliessen, Finanzcontrolling machen, Informationen an Eltern, Behörden, Schulen, Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Anbieter fördern und pflegen. Diese Arbeiten sind nicht nichts, es ist wirklich viel zum machen.

Die Stadt Baden hat dazu eigens eine Koordinationsstelle mit einem 100 %-Pensum geschaffen. Auch die Stadt Burgdorf mit einer ähnlich grossen Anzahl Einwohner wie wir, sieht eine 40 %-Stelle vor. Es ist wichtig, dass wir hier einen Betrag einsetzen für die ganze Koordinationsaufgabe. Mein Antrag lautet: Für die Umsetzung und Realisierung von Tagesstrukturen sollen die Fr. 50'000.00, Konto 219.654.01, beibehalten werden und diese als Beitrag Koordinationsstelle in die laufende Rechnung aufgenommen werden. Ich bitte euch, diesen Antrag zu unterstützen. Es muss jetzt unbedingt mehr Geld eingesetzt werden, damit die ganze Koordination läuft und die gesteckten Ziele erreicht werden können.

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die familienergänzende Kinderbetreuung einen Koordinationsaufwand braucht. Er konnte jedoch nicht entscheiden, wie gross ein Pensum sein müsste und es ist auch noch nicht ganz klar, in welchem Bereich die Stelle angesiedelt würde. Ich finde es relativ irrelevant, unter welchem Konto dieser Lohnbestandteil eingesetzt wird. Es könnte auch dem Schulsekretariat angegliedert werden. Es ist ein Grundsatzentscheid, ob ein zusätzliches Pensum für eine Koordinationsstelle geschaffen wird oder nicht.

Marianne Ryf: Es ist ein Verwaltungsaufwand und es braucht Personen, die diese Arbeit machen.

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Der Gemeinderat hat in diesem Bereich noch nichts vorgesehen. Der Einwohnerrat soll hier selbstverständlich entscheiden können.

Thomas Meier: Der Antrag von Marianne Ryf ist ein Antrag aus dem Bauch heraus. Es ist nicht klar, ob es eine Stelle braucht und wenn ja, wie viel Stellenprozente benötigt werden. Deshalb kann dieser Antrag nicht angenommen werden. Zudem werden wir beim nächsten Traktandum noch detaillierter über dieses Thema reden. Es ist die Aufgabe des Gemeinderats ein Konzept vorzulegen. Wenn dann dieses Konzept vorliegt und wir entscheiden können, was wir machen, dann wird auch die Schaffung einer Stelle zur Diskussion stehen. Aber jetzt einfach aus dem Bauch heraus zu entscheiden ist falsch.

Dr. Charles Meier: Ich bitte Frau Ryf, einen schriftlich formulierten Antrag zu bringen, damit wir darüber abstimmen können. Wir müssen jetzt nicht eine Detail-Debatte über ein Thema abhalten, für welches im nächsten Traktandum ein separater Kreditantrag des Gemeinderates vorliegt.

Marianne Weber: Ich möchte den Gemeinderat in Schutz nehmen. Damit ein Konzept vorgelegt werden kann, wie es von der CVP gewünscht wird, braucht es Facts, Zahlen, Abklärungen etc. Sie können nicht erwarten, dass der Gemeinderat dies einfach aus dem Ärmel schüttelt. Wenn wir die nötigen Ressourcen nicht haben, kann das Konzept auch nicht erstellt werden.

Marianne Ryf: Ich habe nun einen formulierten Antrag und bringe ihn nach vorne. Es wird hier von Bauchentscheidungen und unklaren Sachen geredet. Die ganze Zeit wird ja immer etwas gemacht. Aber immer hat es zu wenig Räume, zu wenig Geld. Ein Konzept kann nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt werden. Dafür sollten wir endlich einmal Geld haben. Wir haben die Ressourcen im Moment und müssen diese schaffen. Mein Antrag lautet, dass der IST-Stellenplan aufgestockt wird und dazu die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Einwohnerratspräsident: Ich lesen Ihnen den Antrag vor: Für die Umsetzung und Realisierung von Tagesstrukturen sollen Fr. 50'000 im Konto 219.364.01 zusätzlich beibehalten werden als Betrag Koordinationsstelle in die laufende Rechnung aufgenommen werden. Ich komme nun zur Abstimmung.

Thomas Bodmer: Können wir über diesen Antrag noch diskutieren? Wir müssen wissen, über was wir da abstimmen.

Einwohnerratspräsident: Ich denke, wir haben jetzt schon lange und ausführlich über diese Angelegenheit diskutiert.

Abstimmung:

Der Antrag von Marianne Ryf, wird mit 13 Ja-Stimmen zu einer grossen Mehrheit abgelehnt.

Hingegen wird der Antrag der Finanzkommission zur Umverteilung mit grosser Mehrheit angenommen.

3. Kultur und Freizeit

344.313.01 Verbrauchsmaterialien

344.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Dr. Markus Dieth: Der Pritschenersatz Sauna wurde falsch kotiert und müsste dem Konto 344.314.00 zugeordnet werden. Deshalb folgende Anträge: Der Voranschlagskredit 344.313.01 "Verbrauchsmaterialien" sei um Fr. 24'000.00 (Ersatz Holzpritschen) auf Fr. 14'130.00 zu reduzieren. Das Abstimmungsverhältnis war einstimmig bei 7 Anwesenden. Der zweite Antrag lautet: Der Voranschlagskredit 344.314.00 "Baulicher Unterhalt durch Dritte" sei um Fr. 24'000.00 (Ersatz Holzpritschen) auf Fr. 33'455.00 zu erhöhen. Dies ebenfalls einstimmig bei 7 Anwesenden.

Abstimmung:

Der Abänderungsantrag wird einstimmig angenommen.

4. Gesundheit und 5. Soziale Wohlfahrt

Keine Bemerkungen.

6. Verkehr

620.318.04 Dienstleistungen, Honorare

Dr. Markus Dieth: Markus Maibach reichte am 26. Juni 2003 ein Postulat betreffend Kunst am Kreisel ein. Es wurde vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen. In den letzten Jahren wurden in der ganzen Region und im Kanton viele Kreisel realisiert. Die Gestaltung der Kreiselinnenflächen reicht von einfachen Kiesaufschüttungen über Arbeiten von Künstlern und Privaten bis hin zu Platzierungen von ausrangierten Raupenfahrzeugen. Die Reaktionen aus der betroffenen Bevölkerung waren entsprechend der jeweiligen Gestaltung auch entsprechend kontrovers.

Wettingen hat unter dem Titel Gartenstadt ihre Kreisel bis anhin mit Rosen oder Bäumen bepflanzt. Für eine Neuausrichtung des Gestaltungskonzepts der Kreisel ist die Identifikation der Bevölkerung mit den Gestaltungsmaßnahmen sehr wichtig. Es ist vorgesehen, einen unbeschränkten, öffentlichen Wettbewerb durchzuführen. Bei gleichartigen Wettbewerben in anderen Gemeinden zeigte sich, dass bis zu 200 Wettbewerbsteilnehmer zu erwarten sind. Die Ermittlung der besten Arbeiten, welche nebst der Gestaltung verkehrstechnische Anforderungen zu erfüllen haben, dürfte damit sehr zeitaufwendig werden. Der finanzielle Aufwand für die Entschädigung Jury, welche z. T. aus Fachleuten besteht und damit nach branchenüblichen Stundenansätzen zu entschädigen sind, ist dementsprechend gross. Im Budgetposten sind, wenn auch in bescheidenem Rahmen, Beträge für Preisgeld und Ankauf von Ideen vorgesehen.

Die Finanzkommission ist der Auffassung, dass der Gemeinderat in Bezug auf das Postulat Maibach auf dem richtigen Weg ist. Die Kosten von Fr. 50'000.00 erscheinen der Kommission aber als zu hoch. Der Betrag soll reduziert werden und nur die blossen Wettbewerbskosten beinhalten. Die Finanzkommission betrachtet den Betrag von Fr. 10'000.00 als ausreichend. Die geplante Realisierung soll mit einem separaten Kreditantrag erfolgen. Es geht nicht darum, dass der Wettbewerb nicht durchgeführt wird, sondern um eine Aufteilung der Kosten. Die Durchführung des Wettbewerbes soll damit gewährleistet werden.

Innerhalb der Finanzkommission erfolgte der Hinweis, dass auch die Schulen eingeladen werden sollen, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die Finanzkommission beantragt Ihnen, den Voranschlagskredit 620.318.04 Dienstleistungen, Honorare um Fr. 40'000.00 (Wettbewerb Kreiselgestaltung) auf Fr. 37'000.00 zu reduzieren. Dies bei einem Abstimmungsverhältnis von 5 : 2, bei 7 Anwesenden.

Markus Maibach: Markus Dieth hat es erwähnt, es geht um die Realisierung eines Postulates, welches ich eingereicht habe. Es gibt ein lateinisches Sprichwort, das heisst "De gustibus non est disputandum". Auf Deutsch: Über Geschmack lässt sich nicht streiten. Ich möchte deshalb auch keine Diskussion über Kunst oder Nicht-Kunst lancieren, darum geht es heute nicht. Ich möchte aber betonen, dass dies genau einer dieser Chancen ist, die es zu nutzen gilt. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür. Wir haben diverse Kreisel, wir haben die Landstrasse saniert und gefeiert. Wir haben auch die finanziellen Ressourcen, um einen Wettbewerb zu lancieren.

Der Gemeinderat schlägt einen Prozess vor, der meines Erachtens meinem Postulat gerecht wird. Er sagt nämlich, wir wollen einen guten Prozess der zeigt, dass auch Ideen kommen können. Wir können auch Anreize schaffen für Künstlerinnen und Künstler. Wenn dann Ideen auf dem Tisch liegen, hat man die Möglichkeit, die gescheiterten Ideen auszuwählen, mit einer gescheiterten Kommission oder einer Jury, die dann auch etwas bringt, damit die Bevölkerung es mittragen kann und dann nicht die Gefahr besteht, dass die Idee nicht ankommt.

Wir haben den Vergleich gemacht mit anderen Gemeinden wenn wir einen solchen Prozess lancieren, dann kostet das mehr. Man muss auch Geld einstellen, wenn man dann ein Kunstwerk oder eine Idee kaufen will. Es ist klar, dass nicht der Prozess Fr. 50'000.00 kostet. Es ist meines Erachtens aber der richtige Weg. Ich bitte Sie, dem Antrag der Finanzkommission nicht zuzustimmen, sondern den ursprünglichen Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

Marco Kaufmann: Auch die Fraktion Forum 5430/EVP wird dem Antrag der Finanzkommission nicht zustimmen. Wettingen hat vor Jahren mit diesen Kreiseln Pionierarbeit geleistet. In der Zwischenzeit findet man überall im ganzen Land solche Bauwerke. Vor allem die Kreisel an der Landstrasse sind etwas Zentrales, darum sollten wir daraus etwas Rechtes machen. Deshalb unterstützen wir eigentlich den Antrag des Gemeinderates.

Leo Scherer: Ich bin leicht schockiert. Ich bin der Meinung, dass wir vor einiger Zeit mal darüber geredet haben, dass wir in Richtung Globalbudget gehen wollen und somit uns nicht mehr mit jeder Kleinigkeit befassen müssen. Jetzt kommt die Finanzkommission und möchte tatsächlich, dass für Fr. 25'000.00 oder Fr. 38'000.00 für eine Gestaltung hier oder ein Projekt dort separate Vorlagen gemacht werden. Ich verstehe dies irgendwie nicht mehr so ganz. Ich frage mich deshalb, ob man da noch etwas drauf geben kann und den Kredit um weitere Fr. 5'000.00 kürzen soll und dem Urheber der Gestaltungsidee für den Kreisel einfach nur Danke zu sagen. Wir könnten zum Beispiel auch in jeden Kreisel einen Robidog stellen, das wäre zwar etwas einfältig, würde aber keine Kosten verursachen.

Thomas Bodmer: Es wäre überhaupt kein Problem gewesen, wenn der Finanzkommission ein Konzept vorgelegen wäre, in welchem auch die Realisation inbegriffen wäre. Dann wären diese Fr. 50'000.00 mit einer relativ grossen Wahrscheinlichkeit auch angenommen worden. Tatsache ist aber, dass der Finanzkommission keine Detailangaben vorgelegen sind. Wir mussten aus der Argumentation des Gemeinderates entnehmen, dass die Fr. 50'000.00 nur für den Wettbewerb verwendet werden. Am Schluss haben wir ausser ein paar Ideen überhaupt nichts. Der Realisierungskredit würde erst anschliessend zusätzlich beantragt.

Dr. Charles Meier: Ich möchte den Kürzungsantrag der Finanzkommission unterstützen. Man kann auch einen Tag lang im Kanton herumfahren und sieht dann Duzende von realisierten Kreisel. Der Kreisel muss in diesem Sinne gar nicht mehr neu erfunden werden. Man hat dies auch bei der Eröffnung der umgebauten Landstrasse gesehen. Die provisorische Bepflanzung dieser Kreisel wurde gut gemacht und hat wunderbar ausgesehen. Wieso dies nicht auch so weiterführen?

Die Finanzkommission kommt uns entgegen und sagt, wir können den Wettbewerb machen, also genügt dies. Ich versuchte schnell zusammenzuzählen, was den überhaupt herauschaut bei dieser Fiko-Arbeit bei der Budgetüberprüfung. Ich bin auf Fr. 56'000.00 gekommen, also ungefähr 1 ‰ der Budgetsumme von ca. 86 Mio. Ich beantrage dem Kürzungsantrag der Finanzkommission zuzustimmen.

Leo Scherer: Ich möchte, dass hier Klarheit geschaffen wird. Ich weiss nicht was ich abstimmen soll. Ich möchte gerne wissen, ob die Realisierung in diesen Fr. 50'000.00 dabei ist oder nicht.

Patricia Schibli: Es scheint hier Unklarheiten zu geben, was ist jetzt in diesem Betrag drin oder nicht Ich bin der Meinung, dass die Realisierung dabei ist. Ich habe ein Anliegen. Jetzt redet der Kanton ja noch mit bei der Gestaltung der Landstrassenkreisel und die Gemeinde hat noch weitere Kreisel. Meiner Meinung nach stehen diese Kreisel in einem Zusammenhang und sollten daher mittels eines Gesamtkonzepts geplant und gestaltet werden. Es macht keinen Sinn hier etwas und dort etwas zu machen. Dies wäre mein Anliegen. Diese Fr. 50'000.00 sollten für verschiedene Kreisel eingesetzt werden.

Gemeinderat Felix Feiner: Wir haben bereits jetzt 5 Kreisel, der sechste Kreisel kommt das nächste Jahr noch dazu, wir werden hier noch darüber abstimmen. Die Landstrasse ist eine Kantonsstrasse und deshalb hat der Kanton gewisse Vorschriften und müssen separat betrachtet werden. Ich muss sagen, dass Fr. 10'000.00 nicht für einen Wettbewerb reichen. Die Fr. 50'000.00 gliedern sich auf in Preisgeld und Jury für rund Fr. 30'000.00 und dann haben wir Model und für die Bearbeitung der ganzen Arbeiten für rund Fr. 20'000.00.

Dr. Markus Dieth: Die Finanzkommission erachtet den Betrag von Fr. 50'000.00 für die Durchführung eines Wettbewerbes ganz klar als zu hoch. Es sollten eigentlich auch genügend eigene Ideen vorhanden sein, wie zum Beispiel das Thema Gartenstadt. Wenn man sich umschaute, sieht man weitere Themen von Wettingen, zum Beispiel den Weinbau. Es ist letztlich sogar fraglich, ob es überhaupt einen Wettbewerb braucht.

Vreni Neukomm: Ich habe eine Frage an Felix Feiner. An unserer gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat, wurde gefragt, ob es Vergleichszahlen gibt, da andere Gemeinden ja auch schon Wettbewerbe durchgeführt haben. Felix Feiner hat uns auf heute diese Zahlen versprochen. Ich wäre deshalb froh, wenn Du mir sagen könntest, wie dies in anderen Gemeinden ist.

Gemeinderat Felix Feiner: Wir haben das überprüft wie das in anderen Gemeinden ist. Bei denen die wir abgeklärt haben, sind immer Direktaufträge an die Gewünschten vergeben worden. Ich muss sagen, mit Fr. 10'000.00 können wir keinen Wettbewerb machen. Wenn der Betrag gekürzt wird, müssen wir über die Bücher, wie wir sonst zu den Ideen kommen.

Leo Scherer: Jetzt sollte man Farbe bekennen. Wenn ich höre, dass man mit Fr. 10'000.00 nichts gescheites machen kann und der Fiko-Präsident sagt, man sollte sich sowieso fragen, ob überhaupt ein Wettbewerb durchgeführt werden sollte, dann sollte der Antrag der Fiko eigentlich auf Verzicht dieses Budgetposten lauten. Oder wir machen es und dann kostet es auch was es kostet. Aber immer meinen, für einen Viertel oder einen Fünftel des Geldes erhalte man die ganze Arbeit. Aber bitte, von dieser Krankheit sollten wir wegkommen.

Marianne Weber: Mit geht es auch um die Wertschätzung der Arbeit eines Künstlers. Also wenn Herr Bodmer sagt, es kommen ein paar Ideen, tönt dies abschätzig. Auch ein Künstler erhält für sein kreatives Schaffen einen Lohn und ich weiss es gibt Personen hier drin, die verdienen Fr. 200.00 pro Stunde. Künstler haben niemals einen solchen Ansatz.

Thomas Bodmer: Absolut einverstanden. Wenn das so ist, dann sollte aber eine separate Vorlage gemacht werden für die Kreiselgestaltung inkl. Wettbewerb und Realisierung. Das kostet nämlich dann ungefähr eine halbe Million und wir müssten darüber befinden. Es stellt sich die Frage, ob der Stimmbürger bereit ist, für eine andere Form der Kreiselgestaltung so einen grossen Betrag aufzuwerfen. Aber jetzt einen Wettbewerb zu machen für Fr. 50'000.00 und gleichzeitig zu sagen, es kommt dann noch eine halbe Million für die Realisierung dazu, das geht nicht.

Andreas Rufener: Wir haben ein Postulat, welches überwiesen wurde. Wir haben damit dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, die Kreisel zu gestalten. Nun präsentiert er einen Lösungsvorschlag, wie vorzugehen ist. So lässt sich etwas Schönes machen und die Kreisel können so in ein Gesamtkonzept eingebunden werden. Ich bitte Sie, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Abstimmung:

Dem Reduktionsantrag der Finanzkommission wird mit 30 : 19 zugestimmt.

610.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Dr. Charles Meier: Ich habe nur eine Bemerkung. Im Kommentar des Gemeinderates steht: "Es wurde festgestellt, dass bei Unterführungen/Brücken an der Kantonsstrasse vermehrt Sprayereien angebracht werden. Diese müssen gemäss Baudepartement entfernt werden, was mit höheren Kosten verbunden ist". Gegen diese Verharmlosung der Schädigung von öffentlichem Eigentum möchte ich protestieren. Es ist höchste Zeit etwas zu unternehmen. Wir haben vorhin von der Gestaltung der Gemeinde geredet, Kreisel mit Blümchen und so. Und die Chaoten die öffentliches Eigentum verschmieren werden weder erfasst noch bestraft. Ich meine, der dafür eingesetzte Betrag sollte nicht nur für die Entfernung von Sprayereien und Schmierereien an den Kantonsstrassen sondern auch an den Gemeindestrassen reichen.

7. Umwelt, Raumordnung

790 Raumordnung

Joseph Wetzel: Die Kontogruppe 790 heisst Raumordnung. Sie hat also ganz direkt mit Planung zu tun. In dieser Gruppe gibt es das Konto 790.318.00 in der Honorare zusammengefasst werden. Honorare für Dinge wie "Städtebauliches Leitbild", "Entwicklungskonzept Geisswies" oder "Sulperg" oder "Strategie Quartiererneuerung". Im ursprünglichen Budget 2006 sind hier Fr. 285'000.00 vorgesehen gewesen, wie in der detaillierten Zusammenstellung zu sehen ist. Der Gemeinderat hat Fr. 50'000.00 herausgestrichen, mit der Überlegung, die Kapazitäten der involvierten Stellen der Verwaltung seien nicht genügend gross, und sicher im Bestreben, bei reduziertem Steuerfuss ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren.

Das ist sehr bedauerlich, weil für die Weiterentwicklung einer Gemeinde von der Grösse Wettingens eine sorgfältige und vorausschauende Planung unabdingbar ist. Im Sinn der Nationalfonds-Studie, die schon angesprochen wurde, hilft sorgfältige Planung, die Attraktivität der Gemeinde zu erhöhen.

Die Fraktion SP/WettiGrünen ist überzeugt, dass eine gute Wohnsituation, eine vernünftige Durchmischung von Wohn- und Grünzonen und eine auch für den Langsamverkehr akzeptable Erschliessung für den Entscheid, nach Wettingen zu ziehen, eine hohe Priorität hat. Das erreichen wir nur mit langfristiger Planung. Ich beantrage daher im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen die Summe von Fr 50'000.00 unter dem Posten "Honorare" wieder aufzunehmen und diesen auf Fr. 285'000.00 zu erhöhen.

Thomas Bodmer: Ich bin in der Planungskommission und kann mir deshalb sehr gut vorstellen, wieso der Gemeinderat diese Fr. 50'000.00 gestrichen hat. Das ist natürlich nicht wegen dem städtebaulichen Leitbild gestrichen worden, sondern es ist so, dass fast die Hälfte dieses Budgets für die Planung am Sulperg vorgesehen ist. Die Planung wird immer wieder blockiert. Die Realität zeigt, dass es absolut nicht absehbar ist, dass die Planung am Sulperg und in der Geisswies so umgesetzt werden kann, wie dies ursprünglich mal vorgesehen war, als man die letzte Zonenplanung gemacht hat, die einen Horizont von 5 - 10, max. 15 Jahren hat. Deshalb sind auch diese Summen viel zu gross, die man ursprünglich dafür vorgesehen hat.

Christoph Gähler: Auch ich bin in der Planungskommission und kann Herr Bodmer in seinen Voten unterstützen. Ich gebe zu bedenken, dass der Gesamtbetrag für ca. 2 ½ Stellenprozent, also 2 ½ Personen ausreicht. Dies ist für die Planung in der Grösse der Gemeinde Wettingen relativ viel. Ich bitte Sie deshalb, den gestellten Antrag abzulehnen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Auch ich bin in der Planungskommission. Der Gemeinderat hat die Beurteilung vorgenommen, wie viel Geld es für die Planung braucht. Das eine Thema waren die Kapazitäten und das andere Thema war die ursprüngliche Zahl, wenn alles laufen würde. Bei jeder Planung steht man aber irgendwo immer wieder an. Wir haben da ein gewisses Potential gesehen. Die Reduktion betrifft nicht ein bestimmtes Projekt A, B oder C, sondern wenn man an einem Ort ansteht, kann an einem anderen Ort weitergearbeitet werden. Wir sind davon überzeugt, dass die jetzige Budgetposition ausreicht.

Vreni Neukomm: Ich bin zwar nicht in der Planungskommission, aber ich habe diese Konto geprüft und diese Kürzung ist mir auch aufgefallen. Ich möchte hier den Gemeinderat unterstützen in seiner Erklärung. Ich möchte betonen, dass auch ausserhalb der erwähnten Projekte "Städtebauliches Leitbild" und "Geisswies" Sachen passieren, welche ich als relativ wichtig anschau und die sicher auch der weiteren Planung bedürfen.

Abstimmung:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

8. Volkswirtschaft und 9. Finanzen, Steuern

Keine Bemerkungen.

Artengliederung, Verpflichtungskontrolle, Übersicht laufende Rechnung, Ergebnis, Abschreibungen, Stellenplan

Keine Bemerkungen.

Erläuterungen

Marianne Ryf: Ich habe eine Anfrage zum Regionalverkehr. Hier steht, dass die Gemeinde vier SBB-GA kostendeckend verkaufen kann. Ich finde diese eine ganz gute Sache. Man kann die GA's jetzt auch übers Internet bestellen und ich habe das schon öfters gemacht und habe dabei festgestellt, dass die GA's sehr oft ausgebucht sind. Meine Frage ist, ob der Bestand mal aufgestockt wird? Ich denke vor allem für Menschen, die kurzfristig reisen möchten, ist es schwierig, ein solches GA zu ergattern.

Gemeinderat Felix Feiner: Wir haben meines Wissen nach den Bestand letztes Jahr von 3 auf 4 aufgestockt. Wir werden laufend prüfen, ob der Bedarf nach einer Erhöhung vorhanden ist.

Voranschlag EWW

Dr. Markus Dieth: Aus meiner Sicht kann man es hier kurz machen. Die Finanzkommission hat diverse Fragen gestellt, welche beantwortet wurden an der gemeinsamen Sitzung. Die Finanzkommission unterbreitet keine Streichungsanträge oder Kontierungsänderungen zum EWW und Verdankung der geleistet Arbeiten.

Steuerfuss

Werner Hartmann: Im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen stelle ich den Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses 92 %. Auf eine nochmalige Begründung verzichte ich, dass wir die Argumente schon genügend offengelegt haben.

Einwohnerratspräsident: Es liegt ein Antrag von der SVP-Fraktion vor. Er lautet wie folgt: Die SVP-Fraktion beantragt beim Einwohnerrat, den Steuerfuss des Voranschlags 2006 der Einwohnergemeinde um 5 % auf neu 87 % zu senken und die zusätzlichen Pflichtabschreibungen bei weiterhin 15 % festzulegen.

Thomas Bodmer: Ich möchte im Namen der SVP-Fraktion diesen Antrag begründen. Es ist eine sehr wichtige Fragestellung, die wir hier haben.

"Steuersenkung dank Wirtschaftswachstum, Wirtschaftswachstum dank Steuersenkung, Abspecken beim Staat". Diesen Satz habe ich im Internet gefunden; er stammt aus dem Grundlagenpapier der FDP Aargau. Der Verfasser ist der Aarauer Stadtpräsident, Marcel Guignard.

"Wirtschaftswachstum durch Zuzug neuer Unternehmen generieren, dafür geht die Revision des Steuergesetzes zu wenig weit". Das ist ein sinngemässer Auszug aus der Vernehmlassung der CVP zur anstehenden Steuergesetzrevision, erstellt letzte Woche. Solche Aussagen sind dem Wähler öffentlich zugänglich. Wettingen hat die Gelegenheit, mehr zu machen als der Kanton, weil Wettingen seit Jahren mehr als 10 Steuerprozent auf Vorrat bezieht. Das versucht man zu verschleiern. Man legt und Budgets- und Finanzpläne vor, welche zum Teil im Monatarythmus andere Ergebnisse beinhalten. Warum ist das möglich? Die Situation ist so, dass die Regeln für das Gemeinderechnungswesen nicht nämlich den Grundätzen von true and fair view entsprechen, also zeigen was dahinter ist. Es ist eher ein Michlbüechlisystem. Es bestehen keine Abgelnzugen, deshalb kann man sehr viel verzerren. Wesentlich aussagekräftiger ist der Finanzplan, wo man über 5 Jahre eine rollende Planung hat. Die Einflüsse, welche mit demn Abgezungen am Jahresende zusammenhängen, sind dort viel schwieriger zum verstecken. Wenn dort manipuliert wird, ist dies viel leichter zu durchschauen als bei der Erfolgsrechnung der Gemeinde.

Die SVP hat verlangt, dass transparent über die Finanzlage informiert wird. Der Gemeinderat hat auf die Transparenz nicht eingehen wollen und unser Postulat abgeschmettert und sich der Transparenz verweigert.

Wettingen hat übrigens nicht, wie heute gesagt wurde, Schulden. Wenn man dies objektiv anschaut, hat Wettingen praktisch gar keine Schulden mehr. Wenn man die 13 Mio. dazu rechnet, welche flüssig beim EW mit einem Zins von 0.5 % auf eine Kontokorrent liegen. Der einzige Grund, wieso wir noch Schulden ausweisen, ist weil wir langfristige Darlehensverträge eingegangen sind und jetzt nicht in der Lage von den flüssigen Mitteln, die langfristigen Darlehen zurückzuzahlen, weil die verträge lange Laufzeiten haben.

In den letzten 10 Jahren ist der Steuerfuss in Wettingen deutlich weniger gesunken als in allen anderen Gemeinden in der Region, nämlich nur um gerade 3 %. Die Steuerfüsse in den anderen Gemeinden sind nicht gesunken, weil heftig gespart wurde, sondern wenn die Ermessensgrundlage mit dem Steuergesetz geändert worden ist und bei gleichem Steuerfuss 10 % mehr Steuererträge reinkommen. Deshalb sind die bisherigen 3 mickrigen Prozente viel weniger als der Durchschnitt von ca. 10 %.

Wettingen verliert jetzt sogar die Spitzenstellung im Bezirk Baden an Oberrohrdorf, welches uns in den letzten Jahren überholt hat und neu einen Steuerfuss von 85 % hat.

Eine Senkung des Steuerfusses auf 87 % schränkt die Investitiionsmöglichkeiten kein bisschen ein. Alle im Finanzplan aufgeführten Investitionen der nächsten fünf Jahre können ohne Einschränkung realisiert werden und das obwohl innerhalb der letzten 12 Millionen über 10 zusätzliche Millionen in dieses Planwerk aufgenommen worden sind und obwohl der Nettoaufwand seit über zehn Jahren konstant doppelt so schnell steigt wie die Teuerung und das Volkseinkommen und obwohl auch für die Zukunft keinerlei Sparmassnahmen geplant sind, welche diesen Trend brechen könnten. Es bleibt trotzdem Luft in diesem Budget.

Wer behauptet, es werde in Wettingen nicht investiert in den nächsten 5 Jahren, sollte zuerst mal sagen, was für Investition er meint. Es gibt nur ein Projekt, welches gestrichen wurde, nämlich die Tagesschule. Dies ist aber auch ein politisches Thema. Aber alle Schulhaussanierungen und Strassenbauten sind im Finanzplan berücksichtigt

Diese 87 % sind ein fairer, bürgerlicher Kompromiss. Machen wir jetzts Nägel mit Köpfen und verabschieden dieses Budget und lassen es nicht auf einen Scherbenhaufen rauslaufen. Einen Scherehaufen gibt es, wenn es zu einer unheiligen Allianz kommt und die SP/WettiGrünen und die SVP dieses Budget abschmettern. Wir sind fest entschieden, das Budget abzuschmettern, wenn die 87 % nicht durchkommen. Die bürgerlichen Parteien haben es in der Hand jetzt ein Budget zu verabschieden, welches nachher nicht kann angefochten werden, welches definitiv ist. Wenn es scheitert bei der Schlussabstimmung, dann müssten das diese verantworten, die gegen unseren Antrag Nein stimmen.

Hanpeter Koch: Ich mache es fast so kurz wie Werner Hartmann, da ich auch der Meinung bin, die Begründungen sind vor allem an der letzten Sitzung bei der Behandlung diverser Vorstösse genannt worden sind un im Protokoll auch nachzulesen sind. Bei der Ausmarchung zwischen 87 % und 92 % wird die CVP-Fraktion einstimmig für den Antrag für 87 % stimmen, weil wir für eine Senkung des Steuerfusses sind. Andererseits möchte ich ebenso klar sagen, dass wir bei der Gegenüberstellung zum gemeinderätlichen Antrag ganz klar für 89 % sein werden.

Vreni Neukomm: Ich möchte an meinem Antrag festhalten, den ich am Anfang formuliert haben. Die Fraktion EVP/Forum 5430 Wettingen stellt den Antrag zur Beibehaltung des kantonal moderaten Steuerfuss von 92 %

Dr. Markus Dieth: Die Anträge der Finanzkommission sind Ihnen zugestellt worden. Ich muss hier aber noch der Form halber den Antrag der Kommission zum Steuerfuss formulieren. Die Finanzkommission beantragt mit 3 : 2 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, bei 7 Anwesenden, den Steuerfuss auf 89 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 15 % festzulegen.

Dr. Charles Meier: Ich möchte an die Vorjahre erinnern, als bei der Senkung auf 92 % vorgejammert wurde, dass dies nicht geht. Wir haben schon damals eine Senkung um 5 % verlangt. Trotz dem Gejammer hatten wir in den letzten Jahren immer einen Überschuss, letztes Jahr einen von Fr. 4.5 Mio. Dazu kommen die Entlastungen durch GAT III, also insgesamt Fr. 6.3 Mio. Dies sind mehr als 10 Steuerprozent, wir verlangen nur die Hälfte. Ich möchte an die beiden bürgerlichen Parteien, CVP und FDP, appellieren, stimmen Sie für unseren Vorschlag zur Senkung um 5 % zu. Es ist die beste Massnahme um die Konjunktur über den Konsum wieder anzukurbeln.

Einwohnerratspräsident: Wir haben die Situation, dass wir uns in den zusätzlichen Pflichtabschreibungen von 15 % einig sind. Deshalb werden wir nur über die Steuerfussanträge abstimmen.

Es liegen drei Anträge vor: Der erste Antrag von den Fraktionen SP/WettiGrünen und EVP/Forum 5430 auf Beibehaltung von 92 %. Der zweite Antrag der SVP verlangt die Senkung des Steuerfusses um 5 % auf 87 %. Diese beiden Anträge werden einander gegenüber gestellt. Der obsiegende Antrag wird demjenigen von Gemeinderat/Finanzkommission gegenüber gestellt. Anschliessend kann auf einzelne Punkte zurückgekommen werden. Vor der Schlussabstimmung kommen die Ergebnisverbesserungen bzw. Mehraufwendungen. Anschliessend kommt die Schlussabstimmung. In Anbetracht der Situation empfehle ich, dass wir vor der Schlussabstimmung eine 5-minütige Time-out machen. Ich finde es dermassen wichtig, ob das Budget angenommen oder abgelehnt wird.

Abstimmung:

Der Antrag der Fraktionen SP/WettiGrünen und EVP/Forum 5430 auf Beibehaltung von 92 % unterliegt dem Antrag der SVP zur Senkung auf 87 % mit 18 : 31 Stimmen.

Der Antrag der SVP zur Senkung des Steuerfusses um 5 % unterliegt dem gemeinderätlichen Antrag mit 10 : 25 Stimmen, bei 14 Enthaltungen.

Budgetausgleich

Dr. Markus Dieth: Die Finanzkommission beantragt einstimmig bei 7 Anwesenden dem Einwohnerrat, den Voranschlagskredit 900.400.01.02 "Einkommens- und Vermögenssteuern" um Fr. 58'000.00 auf Fr. 40'204'096.00 zu reduzieren (Ausgleich Ergebnisverbesserung).

Mit grosser Mehrheit fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Voranschlagskredit 900.400.01.02 "Einkommens- und Vermögenssteuern" wird um Fr. 58'000.00 auf Fr. 40'204.096.00 reduziert (Ausgleich Ergebnisverbesserung).

Schlussabstimmung

Mit 27 : 21, bei 1 Enthaltung, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Voranschlag 2006 des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie der Einwohnergemeinde werden genehmigt, wobei der Steuerfuss auf 89 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 15 % festgelegt werden.

4 **Kreditantrag von Fr. 50'000.00 für die Finanzierung von Hortplätzen im Zusammenhang mit dem Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung**

Patrick Bürgi: Die Ausgangslage ist folgende: Seit mehr als einem Jahr wurde von verschiedenen Seiten ein Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung für Wettingen gefordert. Themen wie Kinderkrippe, Mittagstisch etc. mussten ohne grundlegendes Konzept verschiedentlich diskutiert und finanzielle Beiträge gesprochen werden. Mittlerweile hat sich der Gemeindevertrag betreffend die Unterstützung der Kinderkrippen bewährt und etabliert. Ebenso die Unterstützung der verschiedenen Mittagstische sowie des Vereins Tagesfamilie. Insgesamt soll die familienergänzende Kinderbetreuung die Gemeinde Wettingen ab 2006 rund Fr. 280'000.00 jährlich kosten.

Überdies gelangte vor rund einem Jahr das "Chinderhuus Spatzenäsch" an den Gemeinderat mit dem Begehren einer finanziellen Unterstützung zugunsten ihres Kinderhortes. Ein dringliches Postulat der CVP-Fraktion nahm der Gemeinderat am 9. September 2004 in diesem Zusammenhang entgegen und leistete in der Folge einen einmaligen Unterstützungsbeitrag von Fr. 20'000.00.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten dieser Vorlage, zuerst zum Konzept: Das vorliegende Papier, welches mit "Konzept" für die familienergänzende Kinderbetreuung betitelt ist, wurde in der Finanzkommission heftig diskutiert. Durch alle in der Finanzkommission vertretenen Parteien hindurch wurde das Vorgehen des Gemeinderates kritisiert. Was heute dem Einwohnerrat unterbreitet wird, ist kein Konzept, sondern lediglich eine IST-Zustandsanalyse. Seit langem wurde vom Gemeinderat, unter anderem auch von der Finanzkommission, gefordert, dem Einwohnerrat ein umfassendes, detailliertes Konzept im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung vorzulegen. Ein solches würde als Grundlagenpapier für die weiteren Diskussionen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung dienen und notwendig sein. Diese Aufgabe wurde leider bis heute nicht erfüllt.

Der heute vorliegende Bericht zeigt dem Leser auf, was Wettingen zurzeit anbietet und was anhand eines konkreten Beispiels (Tageskindergarten) nächstens für Ziele verfolgt werden sollen. Die vom Gemeinderat beabsichtigten nächsten Schritte sowie deren finanzielle Auswirkungen sind leider nicht ersichtlich. Schade ist, dass es der Gemeinderat verpasst hat, basierend auf dem Grundlagendossier "Umfassendes schulbegleitendes Betreuungsangebot in Wettingen" der Kommission der Schulpflege "Blockzeiten/Mittagstisch/Tagesschule Wettingen" ein umfassendes Konzept vorzulegen. Das erwähnte Grundlagendossier wurde nämlich bereits im September 2002, also vor mehr als drei Jahren, fertig gestellt. Es hält auf 42 Seiten sehr umfassend den IST-Zustand von Wettingen fest und zeigt verschiedenste Stufen eines möglichen Ausbaus und deren mögliche Kostenentwicklung (unverbindliche Kostenschätzung) auf.

Der Einwohnerrat muss heute nicht eine Diskussionsführung über die einzelnen Punkte des Berichts führen. Allenfalls können dem Gemeinderat vom Parlament grundsätzliche Anregungen, Widerstände oder Stossrichtungen mitgegeben werden. Für die umfassende Ausarbeitung des Konzeptes sind im Budget 2006 Fr. 10'000.00 für weitere Abklärungen enthalten. Die Ergebnisse dieser Abklärungen sowie das Stimmungsbild des Einwohnerrates sollen anschliessend in das Konzept einfließen. Bevor jedoch weitere Schritte eingeleitet werden bzw. weitere Kreditanträge an den Einwohnerrat gelangen, soll dieses Konzept der Finanzkommission und dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Erst wenn der Einwohnerrat dieses Konzept verabschiedet hat, wird die Finanzkommission an einer späteren Sitzung bereit sein, weitere Kreditanträge in diesem Bereich zu beraten. Diesbezüglich bitte ich den zuständigen Gemeinderat, sich nach meinem Votum zu diesem Vorgehen zu äussern. Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig bei 6 Anwesenden, vom Bericht (IST-Zustandsanalyse) über die familienergänzende Kinderbetreuung Kenntnis zu nehmen".

Hoffen wir abschliessend, dass Melanie Bär in ihrem Bericht in der gestrigen "Wettlinger Post" Recht bekommt und dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat bereits in den nächsten Monaten ein detailliertes Konzept mit Kostenanalysen vorlegt.

Kredit Antrag Hort Fr. 50'000.00: Im Bericht des Gemeinderates gehen die Ausführungen zum Kreditantrag von Fr. 50'000.00 zur Finanzierung von Hortplätzen mit knapp 9 Zeilen beinahe unter. Auch ist die Begründung eher dürftig. Insofern einige Fakten zur Vervollständigung:

Vollkosten: Der Gemeinderat rechnet für einen Hortplatz mit rund 80 % der Vollkosten eines Krippenplatzes (Fr. 76.00 pro Tag), also rund Fr. 61.00. Darauf soll die Beitragsstruktur der Eltern basieren (vergleichbar mit dem Krippenkonzept), entsprechend dem steuerbaren Einkommen abgestufte Sozialtarife. In jedem Fall haben die Eltern jedoch einen Minimalbetrag zu bezahlen unabhängig von deren Einkommen. Diese Beitragsstruktur sowie insbesondere der Vollkostenbeitrag sind im Leistungsvertrag zwischen der Gemeinde und den Kinderkrippen festzulegen. Weitere Details wird der Gemeinderat im Leistungsvertrag analog zum Krippen-Leistungsvertrag festlegen.

Hortplätze: Zurzeit bietet lediglich das Spatenäscht Hortplätze an. Im Durchschnitt sind das rund 10 Plätze. Die Warteliste ist beträchtlich und beinahe täglich treffen neue Anfragen ein. Bisher konnte das Chinderschlössli in der Liegenschaft Bahnhofstrasse 42 aus Platzgründen keine Hortplätze anbieten. Seit dem Umzug an die Scharenstrasse haben sich die Platzverhältnisse leicht verbessert. Unklar ist jedoch, ob das Chinderschlössli ab Januar 2006 Hortplätze oder allenfalls weitere Krippenplätze anbietet. Beide Kinderkrippen sehen sich vor allem einer grossen Nachfrage für Babyplätze gegenüber.

Entwicklung der Hortplätze: Die Wartelisten sowohl für Krippen- als auch für Hortplätze sind sehr lange; beinahe täglich treffen neue Anfragen ein. Die zahlenmässige Entwicklung der Hortplätze zu prognostizieren ist schwierig. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass die Anzahl Krippen- und Hortplätze aufgrund des beschränkten Platzangebotes in etwa gleich bleiben werden. Sollte sich eine Verlagerung in Richtung Hortplätze einstellen, so ginge das, eben aufgrund der beschränkten Plätze, zulasten der Krippenplätze, was eine Reduktion des Krippenbeitrages zur Folge hätte. Ebenfalls darf festgestellt werden, dass die Bewilligungspraxis des Gemeinderates für den Betrieb neuer Kinderkrippen bzw. -horte sehr restriktiv ist.

Finanzierung/Subvention: Auch mit dem vorgesehenen Gemeindebeitrag an die Hortplätze werden die Kinderkrippen auf ihre eigenen, privaten Sponsoren angewiesen sein, um ihre laufenden Ausgaben zu decken. Subventionen des Kantons sind im Weiteren nur erhältlich, sofern die Gemeinde die Hortplätze mitunterstützt und alsdann in der Höhe von maximal 20 % des ausgewiesenen Defizits. Die vom Kanton bezahlten Subventionen werden vom Gemeindebeitrag in Abzug gebracht. Entscheidend scheint mir aber, dass seitens des Gemeinderates ein strenges Finanzcontrolling aufgezogen werden muss. Es kann und darf nicht sein, dass die Kinderkrippen im Bereich des Hortangebotes völlig frei wirtschaften können und letztendlich von der Gemeinde weitere Zuschüsse verlangen, um allfällige Finanzlöcher zu stopfen. Um nochmals Bezug auf die Presse zu nehmen: Dieter Minder titelte in der AZ vom 4. Oktober 2005 richtig, dass die familienergänzende Kinderbetreuung auch eine Aufgabe der Gemeinde, aber nicht deren alleinige!

Wirtschaftlichkeit: Wenn die vom Gemeinderat behaupteten drei bis vier Franken, wirklich an die Gesellschaft bzw. an die Gemeinde Wettingen zurückfliessen sollen, sind lediglich diejenigen Hortplätze zu subventionieren, welche von Wettinger Kindern belegt sind. So kann gewährleistet werden, dass allfällig höhere Steuereinnahmen auch in der Rechnung der Gemeinde Wettingen zu Buche schlagen.

Kostenentwicklung: Beispiel: Im Jahr 2004 wurden im Spatzenäscht 23 Krippenplätze subventioniert (20 davon durch die Gemeinde Wettingen). Für die 20 Plätze wurden von der Gemeinde Wettingen Fr. 102'500 Subventionen bezahlt (von totalen Kosten $12 \times 1400 \times 20 = 336'000$), das sind rund 30 % der Vollkosten. Geht man davon aus, dass der Subventionsanteil bei den Hortplätzen in etwa gleich ist, d.h. rund 30 % beträgt, und bspw. 10 Hortplätze à Fr. 61.00 pro Tag (pro Monat Fr. 1'220.00) angeboten werden, so entstünden der Gemeinde Wettingen Kosten in der Höhe von knapp Fr. 44'000.00 ($12 \times 1'220 \times 10 \times 30\%$). Insgesamt kann derzeit das Angebot von 10 Hortplätzen als realistisch eingestuft werden, eine definitive Prognose ist nicht möglich. Die nahe Zukunft muss zeigen, wie hoch die Nachfrage bzw. das Angebot ist. Entsprechend wird sich der Unterstützungsbeitrag der Hortplätze einpendeln. Mittels Budget ist es dann dem Einwohnerrat in den Folgejahren überlassen, ob die Unterstützung der Hortplätze im vorgesehenen Umfang weitergeführt werden kann.

Leistungsvertrag: Der Leistungsvertrag ist zurzeit noch nicht ausgearbeitet. Im Grossen und Ganzen soll er jedoch ähnlich dem Leistungsvertrag mit den Poolkrippen ausgestaltet werden. Im Sinne der Transparenz wäre es wünschenswert, wenn der Gemeinderat den Leistungsvertrag mit den Kinderkrippen der Finanzkommission vor Unterzeichnung zur Kenntnis zu stellen würde.

Die Nachfrage für Hortplätze in Wettingen ist unbestrittenermassen ausgewiesen. Der Umstand, dass die Kinder ohne örtliche Trennung von der Krippe in den Hort wechseln können, ist sehr zu begrüssen. Ein Ausbau des bestehenden Angebots ist nicht oder nur geringfügig zu erwarten, weshalb die Fr. 50'000.00 für die Finanzierung von Hortplätzen ausreichen. In diesem Sinne können die bestehenden Hortplätze für Wettinger Kinder in Wettinger Krippen gesichert werden. Die Finanzkommission hiess den vorliegenden Kreditantrag einstimmig bei 6 Anwesenden gut.

Weitere Abklärungen, Fr. 10'000.00: Für weitere Abklärungen für die Ausarbeitung des Konzepts der familienergänzenden Kinderbetreuung ist im Budget 2006 im Konto 219.318.04 ein Betrag in der Höhe von Fr. 10'000.00 bereits enthalten. Dieser wurde sowohl von der Fiko als auch vom Einwohnerrat nicht beanstandet. Im Zusammenhang mit den Gesamtkosten der familienergänzenden Kinderbetreuung für das Jahr 2006 ist im Sinne der Transparenz diese Position jedoch aufzuführen. Für die Finanzkommission ist im Wortlaut des Antrages des Gemeinderates entscheidend, dass sämtliche Formen von Blockzeiten abgeklärt werden. Im Antrag der Finanzkommission an den Einwohnerrat wurde deshalb in der Klammer "betreuten" durch "verschiedener Formen von" ersetzt. Die Finanzkommission hiess auch diesen Antrag einstimmig bei 6 Anwesenden gut.

Die von der Finanzkommission abgeänderten Anträge des Gemeinderates in den Punkten 1 und 3 liegen ihnen heute vor. Ich verzichte darauf, diese zu verlesen. Die Finanzkommission empfiehlt ihnen diese einstimmig bei 6 Anwesenden zur Annahme.

Markus Widmer: Wir von der Fraktion FDP haben uns sehr lange und ausführlich über den Traktandenpunkt unterhalten. Wieder einmal erneut wird dem Rat eine Vorlage präsentiert, die einem Flickwerk gleicht. Es macht den Anschein, dass einer "Subvention" zugesprochen werden muss, ohne dass ein Konzept der allfälligen Folgen und Abhängigkeiten erarbeitet worden ist. Unlängst wurde von der Schulpflege zu diesem Thema ein Konzept "Grundlagendossier" erarbeitet. Warum wird dem Rat nicht zuerst das Konzept evtl. angepasst vorgestellt? Wir glauben kaum, dass dadurch das Rad nicht neu erfunden hätte werden müssen. Jedoch könnten die Kostenaufteilungen und Abhängigkeiten aufgezeigt werden. Anhand dieser Fakten hätte man an den Rat für einen allfälligen Antrag gelangen sollen. Warum müssen immer zuerst Mittel gesprochen werden, damit sich etwas bewegt? Die FDP als Wirtschaftspartei akzeptiert die neuen Formen der Arbeitswelt und unterstützt die Rahmenbedingungen. Es darf jedoch nicht sein, dass Familien die sich selbst um ihre Kinder kümmern oder sich in der Familie selbst organisieren und aus diesem Grunde sogar auf eine evtl. berufliche Karriere verzichten, benachteiligt werden. Es kann nicht sein, dass diese Familien über den Steuerfranken noch zur Kasse gebeten werden und bei der Finanzierung mithelfen müssen. Bei der Einrichtung von Hortplätzen muss der Wirtschaftlichkeit ein grosses Augenmerk geschenkt werden. Es darf nicht mit den gleichen Ellen wie bei den Krippenplätzen gemessen werden. Die Elternbeiträge müssen so angesetzt werden, dass die Hortplätze sich selbst finanzieren.

Die FDP erachtet es als Aufgabe einer modernen Gemeinde, die Rahmenbedingungen zu schaffen, aber nicht die Kosten zu tragen. Zurzeit wird das Spatzennest sehr grosszügig durch die Kirchgemeinde unterstützt und die entsprechenden Rahmenbedingungen bestehen. Jetzt gilt es die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Die FDP erwartet vom Gemeinderat einen Basisplan mit den Zielvorgaben, dass die Hortplätze in mindestens 5 Jahren selbsttragend zu Buche schlagen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann die FDP-Fraktion dem Geschäft wohlwollend zustimmen.

Hanspeter Koch: Die CVP-Fraktion hat am 9. September 2004, also vor über einem Jahr, ein dringliches Postulat betreffend Chinderhuus Spatzenäscht und Bericht zum Gesamtkonzept familienergänzende Kinderbetreuung eingereicht. Wie bereits erwähnt erfolgte ein Unterstützungsbeitrag von Fr. 20'000.00 an das Chinderhuus Spatzenäscht als Notpflaster.

Seit langem warten wir und die meisten anderen Fraktionen nun gespannt auf das Gesamtkonzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Hand aufs Herz, wer hat hier drin noch in diesem Jahr das Gesamtkonzept erwartet? Ich glaube alle. Was uns nun vom Gemeinderat vorgelegt wird, entspricht bestenfalls einer IST-Aufnahme, bestehend aus Fakten, die uns längst bekannt sind und auch in Arbeitsgruppen im Jahre 2002/03 bereits fundiert und bestens kommentiert wurde.

Die CVP-Fraktion fühlt sich gelinde und anständig ausgedrückt völlig verschaukelt. Wir haben nun wirklich das Gesamtkonzept endlich erwartet und müssen feststellen, dass die Ressortverantwortlichen diese Aufgabe einfach nicht gelöst haben. Wir sind bitter enttäuscht. Wieder einmal sollen wir ohne Gesamtkonzept und ohne weitere Hintergrundinformationen einem Kredit von Fr. 50'000.00 zustimmen für die Finanzierung von Hortplätzen.

Die CVP-Fraktion hat als einen Schwerpunkt in der Frage der familienergänzenden Kinderbetreuung ganz klar die Hortfinanzierung definiert. Auch finden wir die Basis, ähnlich der Krippenfinanzierung mit Einkommens- und Vermögensabhängigen Beitragszahlungen der Eltern richtig. Wir sind auch der Meinung, dass ein Blockzeitenmodell endlich als Projekt initiiert werden muss.

Die Fraktion war aber unter diesen Voraussetzungen ganz nahe daran die ganze Vorlage zurückzuweisen. Mit reinem Menschenverstand müssten wir dies auch tun. Uns liegt nun aber wie bereits erwähnt sehr viel an einer raschen Hortlösung. Wir werden also dieser Kreditvorlage und der Ist-Analyse gemäss dem Vorschlag der Finanzkommission mit grossem Zähneknirschen zustimmen. Wir tun dies für unsere Kinder.

Aber, ich bitte hier Sibylle Hunziker dies mit mindestens Arial 20, fettdruck im Protokoll zu erwähnen:

Wir werden keiner einzigen Kreditvorlage oder Antrag im Zusammenhang mit der familienergänzenden Kinderbetreuung mehr zustimmen, bevor das Gesamtkonzept vorliegt; und wir wollen dieses Gesamtkonzept eingehend diskutieren und studieren, das heisst es kann auch nicht sein, dass zusammen mit dem Konzept bereits Anträge formuliert werden (Anmerkung der Verfasserin: Eine grössere Schriftart widerspricht der Gestaltung des Protokolls).

Meine Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion und ich warten als aufmerksame Zeitungsleser oder auf der Tribüne auf diese Konzept in der ersten Jahreshälfte 2006.

Yvonne Feri: Die SP/WettiGrünen Fraktion ist sehr erfreut darüber, dass sich der Gemeinderat mit dem Thema der familienergänzenden Kinderbetreuung befasst. Wir danken für die Vorlage.

Die Schweiz liegt im Hintertreffen im Angebot der Tagesstrukturen. Immer noch läuten bei den bürgerlichen Politikern die Alarmglocken, wenn es darum geht, Kinder ausser Haus betreuen zu lassen und sollte es dann doch wirklich notwendig sein, darf dies auf keinen Fall auf Kosten des Staates geschehen. Diese Einstellung geht an den realen Familienverhältnissen vorbei. Dies ist im Antrag auf der ersten Seite sehr gut formuliert. Es wurde erwähnt: die veränderten Familienstrukturen; die heute mehrheitlich sehr gut ausgebildeten Frauen und der Rückfluss des investierten Geldes.

Nun erstaunt jedoch, dass in Wettingen scheinbar das Rad wieder neu erfunden werden muss. Wir fragen uns, wozu es denn jetzt nochmals eine Arbeitsgruppe braucht. Es gibt ringsum in Gemeinden, Kantonen, Vereinen genügend Material, welches für eine sofortige Umsetzung zur Verfügung steht. Denken wir dabei an die Fachstelle für Kinder und Familien, an den Tagesschulverein, an Politiker und Politikerinnen mit grossem Wissen auf diesem Gebiet, an Fachpersonen beim Kanton oder auch den Mitgliedern der Kommission Blockzeiten/Mittagstisch/Tagesschule. Diese Kommission hat im September 2002 schon ein umfassendes Grundlegendossier unterbreitet.

Für uns kommt das ganze wie „treten an Ort“ daher. Wir hätten uns vom Gemeinderat eine innovativere Vorlage gewünscht. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen wird es noch lange dauern, bis Wettingen ein breites Angebot an familienergänzenden Tagesstrukturen anbieten kann; trotz der guten finanziellen Lage.

Ein weiterer Punkt sind die personellen Ressourcen. Wir alle hier im Saal wissen, dass die Verwaltungsangestellten voll ausgelastet sind. Warum auch hier nicht investiert wird, ist für uns ein offener Punkt. Vorhandenes Personal noch mehr zu belasten bedeutet zugleich, dass andere Aufgaben liegen bleiben. Das kann doch wirklich nicht in unserem Sinne sein.

Es ist klar, dass wir der Vorlage zustimmen werden. Jedoch bitten wir den Gemeinderat unsere formulierten Anregungen und Bedenken mitzunehmen und zügig und innovativ die Sache voranzutreiben. Wir stehen in einem Standortwettbewerb mit umliegenden Gemeinden und dies ist ein Teilbereich davon.

Dr. Charles Meier: Meine Vorredner haben schon einige wichtige Punkte erwähnt, deshalb möchte ich mich kurz fassen. Das ist kein Konzept, das der Gemeinderat vorlegt, das ist eine simple Fortschreibung des IST-Zustandes mit ein paar Neuerungs-ideen. Die Vorlage entspricht einer gewissen Salamtaktik. Wir haben keinen Überblick, es wird jetzt wieder eine Etappe bewilligt. Deshalb möchte ich im Namen der SVP einen Antrag zur Änderung des Beschlusses einbringen. Dieser Antrag lautet wie folgt:

1. Zur Finanzierung von Hortplätzen wird ein Kredit von Fr. 50'000.00 für das Jahr 2006 bewilligt. Der Gemeinderat wird beauftragt, mit anerkannten Hortplatzanbietern Leistungsverträge abzuschliessen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat vor Beschlussfassung über den Voranschlag 2007 ein umfassendes Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung vorzulegen. Dieses Konzept soll insbesondere die Grundsätze, das erforderliche Platzangebot in den verschiedenen Betreuungssegmenten (Krippenplätze, Ganztagesbetreuung, Hortplätze, Mittagstische, Tageskindergarten etc.), die Anforderungen an die subventionierten Leistungsträger sowie die Folgekosten für den Gemeindehaushalt über einen Zeitraum von 5 Jahren aufzeigen.

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Als ich am Ende der Pause einen Kaffee holen wollte, war der Schlüssel leer. Ich musste mir meinen Kaffee sponsern lassen. Mir kommt es manchmal vor, dass es im Bereich Soziales, im Bereich Kinderbetreuung ähnlich ist wie heute mit dem Kaffee. Die Einrichtungen müssen Sponsoren suchen und Eigenleistungen erbringen. Eigenleistungen erbringen auch die Gemeinderäte. Wir haben keine Abteilung, die uns vor allem im Bereich der Kinderbetreuung unterstützt.

Der Gemeinderat hatte im Sinn gehabt, ein Konzept zu erarbeiten, das nicht viel kostet und das Geld lieber für die Finanzierung von Hortangeboten einzusetzen. Ich denke, dass das vorliegende Papier kein Konzept ist, darüber muss ich mit Ihnen nicht streiten. Ein Papier, das Ihren Anforderungen entspricht, kostet ein paar Fr. 10'000.00. Wenn Sie den Finanzierungsantrag unterstützen ist das wunderbar. Ich befürchte nur, dass wenn wir das geforderte Konzept bringen, dass es dann heisst, wir wollen zu viel.

Es freut uns natürlich, dass Sie diesen Hortplätzen zustimmen. Ich bin davon ausgegangen, dass das bestehende Krippenkonzept als Grundlage ausreicht, da im Hortbereich ähnliche Situationen bestehen. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, die Leistungsvereinbarung der Finanzkommission zu unterbreiten. Ich kann Ihnen aber nicht im vornherein versprechen, dass der Ansatz heruntergesetzt wird. Es muss dies alles noch ausführlich diskutiert werden; dies ist innerhalb des Gemeinderates ein heikles Thema. Was völlig illusorisch ist, dass die FDP verlangt, dass die ganze Finanzierung über die Eltern läuft. Das geht einfach nicht. Wenn Familien ein Einkommen von 40'000.00 oder 50'000.00 haben und für 2-3 Kinder den vollen Satz finanzieren müssen, liegt es einfach nicht drin. Hier muss eine Subventionierung gewährleistet sein. Es ist dem Gemeinderat aber klar, dass die jetzige bestehende Einkommensabstufung nicht ideal ist. Es ist auch selbstverständlich, dass habe ich in der Fiko auch schon gesagt, dass die Hortsubventionierung nur für Wettinger Kinder ist, weil es eine Ergänzung zur Schule ist. Die Kinder werden dort betreut wo sie wohnen.

Es gibt noch einen Widerspruch, eine Unklarheit. Es bestehen viele Anmeldungen für die Kinderbetreuung. Die Haltung des Gemeinderates ist, dass vor allem die Betreuung in der Schule verbessert werden soll und nicht private, externe Ganztagesbetreuung zu fördern. Wenn wir aufgrund der Voten die gefallen sind heute, alle die Anmeldungen unterstützen müssen, dann müssten wir den Hort ausbauen. Der Hort soll innerhalb der bestehenden Angebote einen Platz finden. Die Finanzierung ist auf das aktuelle Angebot ausgerichtet. Dies ist auch ein Punkt, der innerhalb des Konzeptes nochmals angeschaut werden muss. Zurzeit ist es so, dass das Spatzenäscht ca. 6 - 10 Hortplätze anbieten kann. Es ist natürlich klar, dass wenn mehr Hortplätze angeboten werden, weniger Krippenplätze angeboten werden können, da das Platzangebot beschränkt ist. Der Betrag wird für das Angebot, wie es jetzt besteht, ausreichen.

Vizeammann Heiner Studer: Ich sage gerne noch etwas und möchte einzelne Aussagen noch präzisieren. Es ist das erste Mal, dass ich quer durch alle Fraktionen spüre, dass grosse Erwartungen vorhanden sind; es sind zwar nicht überall die gleichen. Zum Grundlagendossier, das heute bereits mehrfach erwähnt wurde: Die Arbeitsgruppe, die damals eingesetzt wurde, wollte einen Planungskredit unterbreiten. Der Gemeinderat hatte damals das Gefühl, dass es noch nicht soweit ist. Im nachhinein war dies vielleicht falsch.

Die Arbeitsgruppe die wir jetzt einsetzen besteht aus der Schulpflege, Vertretern der Schulleitungen und des Kindergartens. Die Schulpflege hat mich als Ressortvorsteher als Präsident eingesetzt. So kann verhindert werden, dass ein Geschäft zuerst von der Arbeitsgruppe, dann vom Gemeinderat und dann wieder von der Arbeitsgruppe behandelt werden muss. Es besteht so ein enger Austausch zwischen dem Gemeinderat und der Arbeitsgruppe.

Es existieren verschiedene Auffassungen über das Grundkonzept. Wir sind der Auffassung, dass es heisst, verschiedene Möglichkeiten zu prüfen, nicht machbares auszuklammern und Aussagen zu den möglichen Umsetzungen zu machen. Es sollen auch Prioritäten gesetzt werden und die Angebote quantifiziert werden. Anschliessend werden wir das Konzept unterbreiten. Mit den Änderungsanträgen der Fiko sind wir klar einverstanden. Ich bestätige, dass keine Kreditbegehren unterbreitet werden, bevor das Konzept nicht vorliegt.

Die Arbeitsgruppe wird die Thematik förderlich behandeln und so wie im Antrag beschrieben, alle Möglichkeiten von Tageskindergarten, Tagesschulen, Blockzeiten etc. überprüfen.

Patricia Schibli: Ich möchte zwei Anregungen weitergeben. Im Antrag stand, dass für jeden Franken der investiert wird, 3 - 4 Franken wieder zurückfliessen. Das ganze ist also eigentlich selbst tragend. Das zweite ist zum Thema Blockzeiten. Es steht im Antrag, dass dieses Thema durch die Arbeitsgruppe überprüft wird. Ich möchte hier anregen, dass auch überprüft wird, ob die Betreuungsstunden durch qualifiziertes Fachpersonal geleitet werden können, damit eben nicht nur die Betreuung sichergestellt ist, sondern den Kindern eine sinnvolle Tätigkeit angeboten werden kann. Dies vor allem, nach dem der Kanton das Textile Werken gestrichen hat.

Patrick Bürgi: Ich rede jetzt nicht als Mitglied der Finanzkommission, sondern als Mitglied der CVP-Fraktion. Ich möchte kurz etwas in Erinnerung rufen. Das Grundlagenpapier, das heute schon mehrmals erwähnt wurde, ist im Jahr 2002 im Einwohnerrat diskutiert worden. Auch in den Folgejahren hat es uns immer wieder beschäftigt. Die Frage war wohin will Wettingen gehen. Es geht nicht darum, dass jeder mögliche Weg mit detaillierten Kostenschätzungen vorgelegt wird, sondern es soll ein Konzept vorgelegt werden, hinter dem der Einwohnerrat stehen kann, zumindest grossmehrheitlich, und wir dann wissen, wohin Wettingen gehen will. Diejenigen die das Grundlagendossier gelesen haben, wissen, dass es extrem viel beinhaltet. Die zuständige Kommission hat sehr gute Arbeit geleistet. Der Einwohnerrat erwartet deshalb, dass auf diesem Grundlagenpapier aufgebaut wird.

Ich habe mich mit dem Thema ausführlich beschäftigt, da ich das Geschäft ja für die Fiko geprüft habe. Ich habe dazu sehr viele interessante Literatur gefunden. Zum Beispiel ein Leitfaden für Aargauer Gemeinden, welcher anlässlich des Kantonsjubiläums zum Thema Familien und Schulergänzende Kinderbetreuung publiziert wurde. Diese Dokumentation umfasst 70 Seiten und ist sehr ausführlich. Es gibt auch ein 1x1 der Tagesschule, ebenfalls sehr umfassend. Jegliche Möglichkeit eine Tagesschule ist darin umschrieben. Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat hier einen so grossen Aufwand betreiben und alles neu herausfinden muss. Es sind Sachen vorhanden, es muss nichts neu erfunden werden. Es geht darum zu schauen, welche Varianten für Wettingen in Frage kommen und auch umgesetzt werden können. Auch innerhalb der Fiko wurde angeregt, dass es eventuell sinnvoll wäre, zuerst eine Vernehmlassung durchzuführen, damit die Fraktionen vorgängig Stellung nehmen können. Es bringt nichts, wenn ein Konzept vorgelegt wird, das dann schlussendlich nicht getragen wird. Ich bitte den Gemeinderat dazu Stellung zu nehmen.

Cornelia Arnold: Ich freue mich über die Komplimente für das Grundlagenkonzept, ich habe damals daran mitgearbeitet. Ich möchte einfach zur Information noch sagen, dass die Kommission nach Beendigung des Konzeptes aufgelöst und eine andere Kommission gegründet wurde. Von dieser Nachfolgekommission habe ich nie etwas gehört oder gesehen.

Yvonne Feri: Ich bin froh, dass die CVP resp. Patrick Bürgi herausgefunden hat, dass diese Papiere alle vorhanden sind. Ich möchte noch erwähnen, dass jenes, welches zum Jubiläum des Kantons herausgegeben wurde, von einem Büro in unserem Bezirk erstellt wurden, in dem Marianne Ryf arbeitet. Es ist also kein Problem, die Verbindungen herzustellen und die Papiere zu benutzen. In den verschiedensten Gemeinden ist sehr gutes Wissen vorhanden, welches unbedingt abgeholt werden sollte.

Vizeammann Heiner Studer: Der Gemeinderat kennt diese Dokumentationen auch und will nicht alles wieder neu erfinden. Die Frage ist aber auch, ob der politische Wille vorhanden ist. Die paritätische Arbeitsgruppe aus Gemeinderat und Schulpflege wird sich dieser Thematik auch annehmen. Vor zwei Jahren war die Einschätzung des Gemeinderates, dass die Zeit noch nicht reif war. In der Zwischenzeit hat sich wesentliches geändert hat, das ist gut. Deshalb werden wir die Unterlagen zusammentragen, studieren und die besten Sachen für Wettingen finden.

Dr. Charles Meier: Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, dann kann der Gemeinderat immer so fortfahren und wir müssen immer wieder eine Tranche bewilligen. Dann kommt ein Provisorium nach dem anderen und am Schluss heisst es in der Budgetdebatte, dass nichts geändert werden kann, weil alle Beträge gesetzlich gebunden sind. Deshalb möchte ich nochmals nahe legen, den Antrag der SVP zu unterstützen.

Vizeammann Heiner Studer: Ich bitte Sie dem Antrag der SVP nicht zuzustimmen, weil er zu viele Details beinhaltet, die uns zu stark binden würden. Es geht nicht um eine Budgetfrage. Es geht um die Erarbeitung eines Konzeptes, aus dem Folgerungen gezogen werden können. Wir werden diesem Auftrag beförderlich behandeln. Ich möchte auch noch die Frage von Patrick Bürgi wegen der Vernehmlassung beantworten. Es ist denkbar, dass eine solche durchgeführt wird. Aber der Gemeinderat sollte dann etwas in der Hand haben und das kann ein paar Monate dauern. Es ist aber auch im Sinne des Gemeinderates, etwas zu erarbeiten, dass alle mittragen können. Die Anträge der Finanzkommission gehen in diese Richtung. Ich versichere Ihnen, dass der Gemeinderat keine weitere Anträge in diesem Bereich bringen wird, bevor nicht das Konzept im Einwohnerrat behandelt wurde.

Einwohnerratspräsident: Sie haben es gehört, der Gemeinderat übernimmt den Antrag der Finanzkommission.

Abstimmung

Der Zusatzantrag der SVP wird mit einer grosser Mehrheit abgelehnt.

Die Anträge 1 bis 3 der Finanzkommission werden jeweils mit grosser Mehrheit angenommen.

Beschluss des Einwohnerrates

1. Es wird vom Bericht (Ist-Zustandsanalyse) über die familienergänzende Kinderbetreuung Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, mit anerkannten Hortplätzeanbietern Leistungsverträge abzuschliessen. Zur Finanzierung dieser Hortplätze wird ein Kredit von Fr. 50'000.00 für das Jahr 2006 bewilligt.
3. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass im Bereich der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung (Einführung verschiedener Formen von Blockzeiten, Art der Mittagstischangebote, mögliche Varianten einer Tagesschule und eines Tageskindergartens sowie Unterstützung von privaten Kindergärten) Abklärungen laufen und dazu ein Budgetkredit von Fr. 10'000.00 im Voranschlag 2006 aufgenommen worden ist.

5 Postulat Roland Brühlmann vom 23. Juni 2005 betreffend saubere Wettinger Naherholungsgebiete im Besonderen das Gebiet "Eigi" - Umsetzung eines wesentlich verbesserten Abfallkonzeptes; Ablehnung

Roland Brühlmann: Mein Postulat zielt auf die Verbesserung der Sauberkeit in unseren Naherholungsgebieten, vor allem im Eigi, ab. Wir haben im Rat auch schon gesagt, wie wertvoll uns das Naherholungsgebiet Eigi ist. Patricia Schibli hat ja mal neue Bänkli erhalten, sie hat das Anliegen hier eingebracht und wir haben dies bewilligt. Wir haben wunderbare Wege, welche wunderbar angeschrieben sind. Das Gebiet ist wirklich schön. Die Personen, welche ab und zu mal bräteln, wissen, dass die Grillplätze häufig benutzt werden, aber oft eine grosse "Sauerei" hinterlassen wird. Die Personen welche Hunde haben, wissen auch, dass man relativ weit laufen muss, bis man das Säckli entsorgen kann. Deshalb ist es nahe liegend, dass die Anzahl der Robidogstellen erhöht wird. Ich möchte deshalb ein Konzept, in welchem die Probleme analysiert werden und vor allem an den Grillplätzen mehr Abfalltonnen hingestellt werden und die Benutzer der Grillplätze ihren Abfall entsorgen können. Der Hundebesitzer zahlt Hundesteuer und deshalb ist es gerechtfertigt, dass mehr Robidogbehälter hingestellt werden. So würde das Gebiet Eigi sauberer.

Gemeinderat Felix Feiner: Der Gemeinderat lehnt das Postulat ab. Der Postulant verlangt ein wesentlich besseres Abfallkonzept. Wir haben das Postulat als Anlass genommen, alle Robidogstellen und Grillplätze zu überprüfen. Was die Menge von Abfallkübeln und Robidogbehälter angeht, haben wir festgestellt, dass wir mengenmässig gut dastehen. Der Gemeinderat verspricht, das Abfallkonzept zu optimieren und laufend Verbesserungen vorzunehmen.

Roland Brühlmann: Ich bedaure natürlich den Entscheid. Es freut mich aber, dass optimiert werden kann. Eine Idee ist ja heute schon gefallen mit den Robidog in den Kreiseln. Da der Gemeinderat das Konzept optimiert, ziehe ich mein Postulat zurück.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wurde zurückgezogen

Wettingen, 3. Januar 2006

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Präsident

Marcel Huggenberger

Protokollführerin

Sibylle Hunziker